PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 9. November 1912. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Emden.

Von Otto Simon-Schöneberg bei Berlin.

„Rechter Hand, linker Hand — alles vertauscht", möchte man zitieren, wenn man unbefangen die Polemiken betrachtet, die an die Ablehnung des Konzessionsgesuches der „Deutschen Rhederei-Gesellschaft" für die Beförderung von Auswanderern über Emden und an die Zuteilung dieser Konzession an den Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerika Linie geknüpft worden sind. Neben einer Reihe von Organen, die bemüht sind, unparteiisch pro und contra zu wägen, sehen wir auf der einen Seite rechtsstehende Zeitungen und Zeitschriften als Verfechter des Fortschrittes und der freien Weiterentwicklung in unserer Seeschiffahrt, auf der anderen Seite einige liberale, die durchaus die Rechtsame und die Interessen der beiden bestehenden großen Dampfschiffahrtgesellschaften durch eine hohe Staatsregierung protegiert wissen wollen, und die gegen die Konkurrenz, die dem Monopol dieser beiden Riesenunternehmungen erwachsen könnte, ihre Stimme erheben. Um so mehr dürfte es vom kaufmännischen und fortschrittlichen Standpunkt aus angebracht sein, den Dingen nochmals in aller Sachlichkeit nachzugehen, gerade weil auf der einen Seite die Interessen alter hanseatischer Kaufmannsunternehmungen, auf der anderen diejenigen von feudalen Gruppen stehen, die bis vor kurzem dem Kaufmannsstand fremd und fern waren.

Es handelt sich hier nicht um das Wohl und Wehe Emdens, sondern um Dinge, die für die ganze deutsche Seeschiffahrt und für unsere gesamte Volkswirtschaft von größter Tragweite sind.

Hamburg und Bremen sind unsere beiden Welthandelshäfen, und die deutschen Bannerträger auf dem internationalen Markt. Nach allen Wandlungen, die die deutsche Schiffahrt durchgemacht hat, besitzen sie den unbestrittenen Vorrang unter den deutschen Hafenstädten. Ihre Hauptkonkurrenten im Weltverkehr sind die holländischen, belgischen und englischen Häfen.

Hamburg, das mit der Zeit alle anderen deutschen Seehandelshäfen weit überflügelt hat, ist in der Tat durch Lage und Entwicklung dazu prädestiniert, Deutschlands größter Hafen zu sein. Die großen Ueberseedampfer ankern vor seinen Toren: die Elbe mit ihren Nebenflüssen und Kanälen verbindet es durch ein schiffbares Netz mit den Industriebezirken Sachsens, Böhmens, Schlesiens, Brandenburgs, mit der rapide wachsenden Metropole: von etwa Hannover östlich tendiert alles nach Hamburg und ist mehr oder weniger auf diesen Hafen angewiesen.

Anders Bremen! Seine heutige Bedeutung beruht auf einer Grundlage, die fast allein durch seine alte hanseatische Tradition gegeben ist; ihr, dem „Bremer Kapital", und nicht zum wenigsten der Genialität und dem Unternehmungsgeist tüchtiger Männer verdankt es, was es heute ist. Aber unsere schnell umformende Zeit, die ohne Rücksicht vorwärts marschiert, fragt immer weniger nach Ueberlieferung und Tüchtigkeit allein als nach der ganzen Schwerkraft der natürlichen Bedingungen. Und so wird Bremen allmählich von dem benachbarten übermächtigen Hamburg erdrückt! Das wird auch das Bremer Kapital nicht aufhalten können, zumal heute bereits der Aktienbesitz der großen Schiffahrtgesellschaften eher als der deutscher Aktionäre anzusprechen sein dürfte. Es läßt sich nicht verkennen, daß Bremen nahezu all der Hauptvorzüge ermangelt, die Hamburgs riesiges Anschwellen ausmachen: in Ansehung des Hinterlandes, des Zufuhrstromes und der Lage zur See! — Bremen ist, genau be-

trachtet, im heutigen maritimen Sinne, gar kein Seehafen. Die modernen Riesendampfer müssen in Bremerhaven, das über 60 km entfernt ist, anlegen, und der Lloyd schickt Passagiere und Güter auf seine Kosten durch Extrazüge bezw. Extraleichter dorthin und vice versa, lediglich um Bremen als „Seehafenstadt" zu behaupten. Seine neuere Entwicklung hat überhaupt etwas Gekünsteltes; auch die von Dr. Wigand begonnenen Ansiedelungen von Industrien an der unteren Weser sind schließlich Palliativmittel, da so leicht wirklich bedeutsame, exportbringende Industrien ohne die hier fehlenden Vorbedingungen (gewisse Rohprodukte, geschulte Arbeitergenerationen usw.) sich nicht künstlich erzeugen lassen. Es dürfte auch verfehlt sein, allzu große Hoffnungen an die Vollendung des Mittellandkanals zu knüpfen, weil sich auch dann in größerem Maße kaum künstlich wird ablenken lassen, was seinen natürlichen und schnelleren Lauf weiterhin nach Hamburg und den westlichen Häfen nehmen kann. Das Verhältnis des Norddeutschen Lloyd zur Hamburg-Amerika Linie ist ein solches denkbar schärfster Gegnerschaft und dennoch wachsender Abhängigkeit; — es gleicht bisweilen einem Katz- und Mausespiel, das vielleicht schließlich einmal zu einer Fusion führen mag! — Bezeichnend ist auch, daß die drittgrößte deutsche Schiffahrtgesellschaft, die „Hansa", zwar eine Bremer Gründung mit dem Sitz in Bremen ist, aber heute bereits ihren Hauptwirkungkreis in Hamburg hat und sich kürzlich eng mit der Hapag liierte. Es wäre alles schön und gut, wenn nun Bremen wenigstens in der Lage wäre, als westlicherer Hafen den Zuzug aus unserem westlichen großen Industriebezirk an sich zu ziehen, wie der östliche Hamburg untertan ist. Aber es ist von ihm zu weit entfernt, um auch nur annähernd vor der Konkurrenz der holländischen und belgischen Auslandshäfen, die durch den Rheinstrom mit unserem größten Industriedistrikt verbunden sind, bestehen zu können!

Nun hat die preußische Staatsregierung den großzügigen Plan gefaßt, ihren Hafen Emden auszubauen und zu diesem Zweck ca. 80 Millionen aufgewendet. Emdens natürliche Lage — wie sie kaum ein zweiter deutscher Hafen aufzuweisen hat, und die an die idealen Naturhäfen Englands und Italiens erinnert — im Schutze des Dollartbusens mit offenem Wasser für die größten Seeschiffe ist in der Tat eine hervorragende. Als am westlichsten vorgeschobener Hafenplatz der deutschen Küste hat es hinter sich die Ems, die mit dem Dortmund-Ems-Kanal, und besonders nach Fertigstellung des Laar-Herne Kanals, unmittelbar in unser größtes westliches Industriegebiet hineinführt. So bietet sich fürderhin die Chance, dem Mußverhältnis unserer westlichen Industrie zu den Auslandhäfen angemessenen Abbruch zu tun. Letzteres erstreben in noch weitergehendem Maße die immer konkreter werdenden Projekte zur Konstruierung einer künstlichen deutschen Rheinmündung in Emden[1]). Die Schwierigkeit für die Stadt Emden bestand nun seit Jahren darin, daß sie kein geeignetes Schiffahrtunternehmen aufbringen konnte. Es hatte sich zwar eine kleine Hamburger Rhedereifirma gefunden, die eine Linie Emden-New York einzurichten beabsichtigte und um die Erteilung der Auswanderungkonzession einkam; da sie aber mit verhältnismäßig geringen Mitteln fundiert war, wurde die Konzession abgewiesen — nicht ohne Berechtigung! Nachdem schließlich der Stadt Emden von der Regierung bedeutet war, daß einer Konzessionserteilung voraussichtlich nichts im Wege stehe, wenn eine wirklich potente Gesellschaft für den Emdener Hafen herangezogen würde, gelang es nach vielen Bemühungen, den Fürstenkonzern zu interessieren. Dieser stellte zur Begründung der „Deutschen Rhederei-Gesellschaft" ein Kapital von 40 Millionen zur Verfügung! — Endlich schien das schwierige Problem gelöst, und die emdener Seeschiffahrt sollte nunmehr in wirklich groß angelegter Weise in Fluß kommen. Auf alle Fälle wird auf diese Weise Ereignis, was kaum zu hoffen war, und es muß anerkannt werden — man mag über manche andere Unternehmungen des Fürstenkonzerns denken wie man will —, daß es eine Tat für unser Wirtschaftleben bedeutet, wenn hier ein großer Geldgeber trotz des zweifellos vorhandenen Risikos sogleich mit einer solchen Summe in die Bresche springt, abgesehen von den Kapitalsinvestitionen, die bei günstiger Entwicklung wohl weiterhin nicht ausgeblieben wären. Alle Beteiligten jubeln denn auch ob der glücklichen Wendung! Doch was geschieht? Das vom emdener Magistrat und der neuen Reederei im Februar 1912 gemeinsam eingereichte Konzessionsgesuch wird abgelehnt!

In den Polemiken ist bisher kaum darauf hingewiesen, daß eine transatlantische Linie, insbesondere im Nordamerika-Verkehr, unserer Hauptverkehrsader, ohne Auswandererdienst nicht existenzfähig ist. Das ist für die Gesellschaft eine Frage von Sein oder Nichtsein! Passagiere und Fracht gehören zusammen; ohne „lebende Fracht" geht es nicht, wie man in den Hafenstädten sagt, denn es ist evident, daß die Auswanderermassen erst die Fahrt rentabel gestalten. Schnelldampferverkehre allein für Güter einzurichten, für die man doch auch gleiche Fahrtgeschwindigkeit wie die Konkurrenzlinien bieten muß, ist geradezu ein Unding; auch sind schon die Versicherungprämien für Dampfer ohne Passagiere erheblich teurer!

Wir werden aber sehen, daß die deutsche Volkswirtschaft das größte Interesse an der Existenz dieser neuen Gesellschaft gehabt hätte, und zwar in Ansehung sowohl der Auswandererals auch der Frachtenfrage.

Von der Versagung der Auswanderungkonzession an die „Deutsche Rhederei" hat die

[1]) Vergl. auch den Artikel „Der Rhein-See-Kanal" v. Wirkl. Geh. Rat Unterstaats-Sekret. Frisch in der „Woche" v. 3. Nov 1912.

ausländische Konkurrenz den Hauptvorteil: außer Hapag und Lloyd sind durch die Staatsregierung noch 5 große ausländische Schiffahrtgesellschaften konzessioniert, nämlich:

1. Compagnie Générale Transatlantique Paris und Hâvre,
2. Red-Star-Line, Antwerpen,
3. White-Star-Line, Liverpool,
4. Cunard-Steamship-Co. Ltd., Liverpool,
5. American Line, Philadelphia.

Das Gros der Auswanderer beziehen aber diese Auslandslinien aus dem östlichen Europa durch deutsches Gebiet. Dazu kommt, daß die Hamburg-Amerika Linie und der Norddeutsche Lloyd der

6. Holland-Amerika-Linie, Rotterdam,

die eine Tochtergesellschaft unserer beiden Großrhedereien ist, und die vom Deutschen Reich gar nicht konzessioniert ist, viele Tausende von Auswanderern von den unter ihrer Leitung stehenden Kontrollstationen an der Ostgrenze des Deutschen Reiches aus zuführen, und zwar auf Grund der eigenen Konzessionen von Hapag und Lloyd. Im Jahre 1910 beförderten die erwähnten außerdeutschen Gesellschaften zusammen allein nach New York 255 508, die beiden deutschen Linien 176 526 Personen — erstere also um rund 50% mehr. Der ausländischen Konkurrenz bleibt also ihre gewerbliche Tätigkeit auf deutschem Boden unangetastet, und Abertausende von Auswanderern werden auch in Zukunft durch deutsches Gebiet reisen, aber fremdländische Schiffe zur Ueberfahrt benutzen, weil ihnen andere Linien von Deutschland aus als die des Lloyd und der Hapag nicht zur Verfügung stehen. Eine deutsche Rhederei aber, die einen neuen deutschen Hafen aufarbeiten will, wird ferngehalten und von einem Ring ausgeschlossen, dem eine große Anzahl fremder Linien angehört!

Ist das ein Vorteil für die deutsche Volkswirtschaft?

Noch mehr als die Auswandererfrage muß die Frachtenfrage alle die im Lande interessieren, denen Industrie und Export am Herzen liegen. Es ist für alle wichtig, am westlichsten Punkt Deutschlands noch einen geeigneten Ausfallhafen gegen Rotterdam und Antwerpen zu besitzen: der Hapag und dem Lloyd kann indessen nicht soviel daran gelegen sein, weil sie die Hauptaktionäre der dort domizilierten Holland-Amerika-Linie und der Red-Star-Line sind. Eine Konkurrenz wird vom deutschen Export überhaupt nur mit Freuden begrüßt werden können, denn der Exportfrachtenmarkt ist zurzeit nahezu vertrustet. Gerade vor einigen Tagen verlautete, daß die ohnehin hohen Exportfrachten nach den Vereinigten Staaten noch gesteigert werden sollen. Bei manchen Artikeln hängt von den Exportfrachten die Rentabilität, wenn nicht die Möglichkeit des Exportes ab. Durch Unterbindung jeder Konkurrenz wird also unser Land, das immer mehr auf Export angewiesen ist, schwer geschädigt! — Wenn unsere Eisenbahnen ein Staatsmonopol genießen, so bestehen wenigstens Kautelen in der Institution des Eisenbahnrats und der Kontrolle der Volksvertretung; bei den für den Export oft wichtigeren Seefrachttarifen gibt es derartige Garantien nicht. Ueberdies wissen unsere Exporteure ein Lied davon zu singen, welch rigorose Bestimmungen für die Frachtverträge vielfach bestehen, wie z. B. in bezug auf die sog. „Frachtrabatte", die nur den Zweck haben, die Benutzung von billigeren, außerhalb des Pools stehenden Linien unmöglich zu machen. Da dieser Konvention ebenfalls ausländische Gesellschaften angehören, so kommt auch diesen im vorliegenden Falle die Wohltat der Regierungentscheidung zugute. Englische, dänische usw. Linien hatten vor einigen Jahren einen regulären Verkehr von Deutschland über ihre Häfen nach den Vereinigten Staaten eingerichtet und waren in vielen Artikeln trotz des Umweges ganz erheblich billiger als die deutschen Gesellschaften. Man mag sich vorstellen, welche Summen der deutschen Volkswirtschaft auch, man möchte sagen auf widernatürliche Weise verloren gehen, ganz zu schweigen von dem Riesenstrom, der bisher seinen natürlichen Lauf über Holland und Belgien mangels eines wirklich geeigneten deutschen Hafens nehmen mußte! Daneben wird Emden und seinem Hinterland die Entwicklung entzogen, die ihm eine eigene Großrhederei mit all ihrem Drum und Dran gebracht hätte; den Schiffswerften wären Aufträge von 30—40 Millionen zugeflossen und sie hätten einen neuen Kunden erhalten, von dem wiederum unsere ganze Industrie profitiert hätte! Nebenbei bemerkt, erleiden auch die preußische Staatseisenbahn und die Rentabilität unserer Wasserstraßen Einbußen, wenn nicht die Chancen des neuen Emdener Hafens mit ganzer Intensität ausgenutzt werden.

Das Auswanderunggesetz hat den Zweck, den Auswanderern Schutz und Sicherheit für Leben und Gesundheit zu gewährleisten, und daher ist nur würdigen und solventen Unternehmern die Konzession zu erteilen, und Schiffe und Einrichtungen sind durch Staatsaufsicht auf die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften hin zu kontrollieren. Es dürfte aber kaum die Absicht des Gesetzgebers sein, das Gesetz als parteiisches Instrument im Wirtschaftkampf zu verwenden! Es ist wohl nicht zu bestreiten, daß die mit 40 Millionen begründete Rhederei, in deren Dienst sich eine Reihe hervorragender Fachmänner gestellt hatte, würdig und kapabel zur Erfüllung der zu übernehmenden Aufgaben war. Sollte nun nach Lage der Dinge und dem Gesetz die Bedürfnisfrage überhaupt zu prüfen gewesen sein, so wurde sie durch die preußische Staatsregierung bereits dadurch bejaht, daß sie 80 Millionen zur Erweiterung des Emdener Hafens und zur Inaugurierung eines großen Ueberseeverkehrs hergab, ferner aber da-

durch, daß ja die Konzession nachträglich der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd erteilt und diesen jetzt die Verpflichtung auferlegt ist, in Emden anzulegen!

Und das letztere ist wohl das Seltsamste an der ganzen Affäre! Denn die Lebensbedingungen von Lloyd und Hapag wurzeln fest in Bremen und Hamburg und sind mit diesen Seestädten, die bisher ihre Hegemonie eifersüchtig gewahrt haben, absolut zu identifizieren. Sie haben daher das größte Interesse daran, Emden nicht hochkommen zu lassen; sie haben auch früher gar kein Hehl daraus gemacht, wie aus einer diesbezüglichen Aeußerung der Hapag dem Emdener Magistrat gegenüber hervorgeht! Ein großer Teil der Emdener Kaianlagen wurde von der Hamburg-Amerika-Linie schon vor längerer Zeit auf Jahre hinaus gepachtet, so daß andere exkludiert sind! Den leitenden Persönlichkeiten geschäftlicher Unternehmungen kann man es schließlich nicht verargen, wenn sie alles tun, um lästige Konkurrenten niederzuhalten. Aber der preußische Staat investiert große Mittel in einem eigenen neuen Welthandelshafen und setzt seine größten Konkurrenten, diejenigen, denen das Gedeihen dieses Hafens am meisten auf der weiten Welt ein Dorn im Auge ist, als — Wächter und Förderer ein! Selbst wenn sie nicht für ihre eigenen Linien und als Hauptaktionäre von großen westlichen Ausland-Rhedereien Partei wären, vermöchten sie Emden nicht wirksam zu stützen. Denn sie können ihm immer nur ganz kurze Zeit widmen, wenn sie nicht die Schnelligkeit ihrer von Bremen und Hamburg auslaufenden Dampfer für Passagiere und Fracht beeinträchtigen wollen. Und auch bei direkter Einrichtung von Fahrten ab Emden ist gar nicht daran zu denken, daß Hapag und Lloyd Emden die in der Erkämpfung seiner neuen Bestimmung erforderliche Pionierarbeit leisten und seinetwegen ihre Monopoltarifsysteme durchbrechen werden: im Gegenteil. Alles deutet darauf hin, daß ihre neuen Chancen in Emden und ihre nunmehr durch die Regierung sanktionierte umfassende Monopolstellung in der deutschen Schiffahrt vor allem dazu dienen soll, Emden denjenigen Platz anzuweisen, der ihnen im Interesse ihrer übrigen Linien und ihrer Tarife wünschenswert erscheint. Und so darf man sich auch nicht wundern, wenn als Erstes schon eine Erhöhung der nordamerikanischen Poolfrachten in Erscheinung tritt. Jeder wird einsehen müssen, daß aus Emden als großen Seehandelshafen nur etwas werden kann, wenn sich dort an Ort und Stelle eine eigene unabhängige Schiffahrtgesellschaft mit aller Wucht für die neue Sache einsetzen und selbst dafür sorgen kann, ihre großen Schiffe mit Ladung zu versehen und für Emden heranzuholen, was ihm irgend gebührt.

Nun soll nach den offiziösen Auslassungen der Grund für die Konzessionsablehnung darin bestehen, daß die Hapag und der Lloyd, die auch „nationale“ Aufgaben zu erfüllen hätten, die einen schweren Stand im Wirtschaftkampf einnähmen, und in die große Kapitalien investiert wären, vor Konkurrenz und Beunruhigung zu schützen seien. Ganz davon abgesehen, daß damit auch großen ausländischen Gesellschaften Schutz gewährt wird, muß man doch fragen: wohin soll es führen, wenn die Staatsregierung überhaupt im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf in dieser Weise Partei ergreift, insbesondere zugunsten von Gesellschaften, die schon durch ihr Riesenkapital und ihre Eigenart einen Monopolcharakter tragen! Soll dieses Prinzip etwa in Permanenz erklärt und auch auf andere Industrien angewandt werden? Nationale Aufgaben hat schließlich jeder Kaufmann im Auslande zu erfüllen; jeder, der die Produkte deutschen Fleißes und deutscher Intelligenz auf den internationalen Markt bringt, hat dafür zu sorgen, daß der deutsche Name und die deutsche Flagge in Ehren bleibt. Die Verdienste der großen Gesellschaften sollen durchaus anerkannt und in keiner Weise geschmälert werden: trotzdem kann man nicht billigen, daß die freie Entwicklung unterbunden wird! Hier handelt es sich um kapitalistische Privatunternehmungen: wo fängt da das nationale Moment an, und wo hört das Erwerbsmoment auf? Es ist immer bedenklich, derartig ideelle Begriffe in den Wirtschaftkampf hineinzuziehen; das haben bisher immer die gerne getan, die eine Extrawurst gebraten haben wollten! Dann müßte auch erst einmal der Begriff „national“ genauer definiert werden; man könnte vielleicht sagen, daß eine Schiffahrtgesellschaft „national“ handelt, wenn sie Industrie und Export mit billigen und leistungsfähigen Frachten versorgt! Und sollte man an die Aufgaben denken, die im Kriegsfalle von den großen Schiffahrtgesellschaften zu leisten sind. Meint man denn, daß eine neue große Rhederei sich solchen Pflichten nicht auch unterzogen hätte! Ja, es wäre zu dem heutigen Schiffsbestand noch ein solcher von neuen mittelgroßen Dampfern hinzugekommen, welch letztere für die deutsche Marine wahrscheinlich handlicher und wertvoller gewesen wären als die Riesendampfer, die nur in bestimmten Häfen anlegen können. Schon im Interesse einer erhöhten Kriegsbereitschaft hätte es gelegen, in einem so wichtigen und exponierten Punkt, wie Emden, möglichst viel und leistungfähiges Schiffsmaterial für Truppentransporte usw. zur Verfügung zu haben.

Konsequent und großzügig ist es auf keinen Fall, 80 Millionen für einen eigenen neuen Welthandelshafen herzugeben und hinterher eine große Entwicklung zu verhindern! — Wenn anstandslos Auslandsrhedereien durch Konzessionen bzw. Konventionen so beträchtliche Anteile zugebilligt werden, so hätte dem preußisch-deutschen Hafen

doch gewiß ein kleiner angemessener Anteil gebührt! — Aber in Hamburg empfand man die Pläne des kleinen neuen Outsiders als unbequem für die nahezu verwirklichten Monopolabsichten: deshalb wurde mit Hochdruck gegen die „Deutsche Rhederei“ agitiert!

Es ist daher auch nicht recht verständlich, warum die Rhedereien jetzt durch ihr Organ (Hamburger Beiträge vom 7. August 1912) bekanntgeben lassen, daß ungeachtet Emdens günstiger geographischer Lage man sich nicht so viel von ihm versprechen dürfe. Dennoch müssen aber Hapag und Lloyd wohl große Chancen für sich in ihm sehen, weil sie sich, und zwar erst nachdem die „Deutsche Rhederei“ um die Konzession eingekommen war, so intensiv um Emden bemüht haben. Die Gründe, die sie selbst angeben, „sie seien bereit, die großen Opfer an Zeit und Geld im nationalen Interesse zu bringen“, erscheinen hier doch wohl nicht recht stichhaltig! Wenn ferner davon die Rede ist, daß Emden, um wirklich leistungsfähig zu werden, noch einer Verbesserung und Verbilligung seiner Zufuhrstraßen bedürfe, so möge man nicht vergessen, daß es vor allen Dingen auch billige Seefrachten aufweisen muß, die es aber durch Paralysierung mit den konkurrierenden Elementen schwerlich erreicht. Selbstverständlich hätte auch Emden erst eine Uebergangszeit durchzumachen, bis es die günstigen Existenzmomente aufzuweisen hat, wie andere Seehandelsstädte, deren Schiffahrt meist erst ihren Handel nach sich gezogen hat. Bei Vergleichen der kilometrischen Bereiche mit Bremen ist übrigens zu berücksichtigen, daß dessen eigentlicher Seehafen das 60 km entfernte Bremerhaven ist, und selbst die in Bremen eintreffenden Waren hohen sog. „Korrektionsabgaben“ oder Leichterkosten unterworfen sind, welch letztere — ceteris paribus — die Kalkulation der Seefrachten erhöhen. Demnach rückt de facto der Aktionsradius Emdens weiter östlich.

Es kann auch keineswegs die Aufgabe der Regierung sein, die großen Linienrhedereien zu schützen, weil sie „im Wirtschaftkampf einen besonders harten Stand haben“. Einen schweren Stand hat fast jede Branche im Wirtschaftkampf gegen fremde und einheimische Konkurrenz! Die Schiffahrtgesellschaften machen sogar zurzeit die glänzendsten Geschäfte. Worauf Mißerfolge in früheren Jahren zurückzuführen sind, ist hier nicht zu untersuchen; vielfach ist man aber der Meinung, daß auch wohl zu sehr aus dem Vollen gewirtschaftet wurde, daß die Unsummen, die für Komfort, für Reklame im weitesten Sinne des Begriffs, Feste, Bewirtungen usw. ausgegeben wurden, zum Teil überspannt sind, und daß man sich auch bisweilen durch Dinge zersplittert hat, die gar nicht zur Schiffahrtbranche gehören. Das sind ja aber eigentlich Angelegenheiten, die die Gesellschaften mit ihren Aktionären und ev. ihren Banken abzumachen haben!

Hier und da ist auch wohl die Subventionsfrage angeschnitten worden. Subventionen bezieht die Hamburg-Amerika-Linie überhaupt nicht — sie hat sie sich verbeten —, und der Norddeutsche Lloyd solche nur dem Namen nach für seine Postdampfer nach dem fernen Osten: auch da handelt es sich lediglich um Leistung und Gegenleistung. Wenn aber der Staat trotzdem, obwohl die beiden Rhedereien es gar nicht nötig haben, sich zu Hilfeleistungen ihnen gegenüber berufen fühlt, so wäre es in der Tat ökonomischer und klarer, Subventionen zu zahlen, als unserer Volkswirtschaft Unsummen zu entziehen und für Emden und seine Zufuhrstraßen so viel Geld nahezu nutzlos zu opfern! Auch der Einwand, die „Deutsche Rhederei“ habe noch keine Schiffe, verlohnt nicht recht der Erörterung. Denn diese wären bei der Solvenz der Gesellschaft zweifellos zu beschaffen gewesen, zumal die Emdener Anlagen erst nach Jahresfrist eröffnet werden sollten.

Es ist wohl anzunehmen, daß die Staatsregierung ihre Entscheidung bona fide getroffen hat und sich über die ganze Tragweite derselben nicht recht klar geworden ist. Vielleicht ist sie auch von den interessierten Kreisen zu einseitig beraten worden. Noch am 11. März 1912 hatte Exzellenz Breitenbach im Abgeordnetenhaus erklärt, daß man alles tun würde, um den Emdener Verkehr zu heben, da man sich ja sonst in Widerspruch setzen würde mit dem, was man bisher für Emden aufgewendet habe. Ein Abgeordneter, der die Emdener Angelegenheit im Reichstage zur Sprache bringen wollte, wurde von dem Schiffahrtdezernenten, Herrn von Jonquières, gebeten, das zu unterlassen, da die Sache für die „Deutsche Rhederei“ gut stände. Das läßt doch mindestens darauf schließen, daß bis dato die „Deutsche Rhederei“ für konzessionswürdig befunden und auch sonst die Erteilung als zweckmäßig anerkannt war! Ganz plötzlich muß dann, wie bekannt, ein Umschwung erfolgt sein denn plötzlich und überraschenderweise wurde die Konzession abgelehnt! Als in der vorigen Woche Herr von Breitenbach im Abgeordnetenhaus nach den Ursachen der Konzessionsverweigerung befragt wurde, lehnte er eine Beantwortung mit Hinweis auf den Handelsminister ab: man geht vielleicht nicht fehl in der Annahme, daß die erfolgte Entscheidung nicht im Sinne des höchsten Leiters unseres Verkehrswesens liegen mag!

Die deutsche Volkswirtschaft kommt jedenfalls bei der Entscheidung der Regierung schwerlich auf ihre Rechnung! Wenn wir aber weiter bei all den Hemmungen, durch die unser Wirtschaftleben sich durchzusetzen hat, mit an der Spitze auf dem Weltmarkt marschieren wollen, so können wir am allerwenigsten uns den Luxus erlauben, mächtige Faktoren, die sich in uns betätigen wollen, künstlich fernzuhalten, und die freie Entfaltung aller Kräfte und die Weiterentwicklung einer so großen und für unser ganzes Wirtschaftleben so wichtigen Branche zu unterdrücken!

Abendbörse in Berlin?

Eine Umfrage.

Die Notiz im letzten Plutusheft (Seite 863), die die Frage anregte, ob es sich eventuell empfehle, angesichts der Häufung der Orders in politisch bewegten Zeiten einen offiziellen Abendverkehr einzurichten, hat in der Oeffentlichkeit lebhaftes Interesse erweckt. Die Frankfurter Zeitung, das Berliner Tageblatt und die Berliner Morgenpost haben die Ausführungen — teilweise mit kritischem Kommentar — wiedergegeben. Nachstehend veröffentliche ich die ersten Antworten, die mir auf eine Anfrage zugegangen sind, die ich über die Vorzüge und Nachteile einer Abendbörse in Berlin an eine Anzahl führender Persönlichkeiten und Firmen des Bankgewerbes gerichtet habe. Herr Geheimrat Kopetzky, der Mitglied der berliner Handelskammer und erster stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der berliner Börse ist, will mit einer privaten Meinungäußerung zurückhalten, da er, „sollte die Frage greifbare Gestalt annehmen, an verschiedenen Stellen amtlich damit befaßt“ werden würde. Die Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M. möchte sich „eines bestimmten Urteils enthalten“, da sie der Ansicht ist, „daß es Sache der berliner Bankwelt ist, die Angelegenheit einer Klärung zuzuführen“.

G. B.

Geheimer Kommerzienrat Edmund Helfft in Berlin, Inhaber der alten Bankfirma N. Helfft & Co., 2. Vizepräsident der Aeltesten der Kaufmannschaft, Mitglied des Börsenvorstandes:

„Sie wenden sich direkt an mich, um meine Ansicht über die Errichtung einer offiziellen Abendbörse in Berlin zu hören. Ich würde eine solche für ein Unglück halten. Freilich bin ich mit meinen Anschauungen antiquiert, nachdem ich jetzt 56 Jahre ein kleines aber angesehenes Bankgeschäft leite und in der ganzen Zeit nicht das Bedürfnis empfunden habe, auch noch am Abend Geschäfte machen zu müssen. Nutzen von einer solchen haben nur die Spekulanten, und diesen noch mehr Gelegenheit zu geben, sich betätigen zu können, dürfte doch auch nicht in Ihrer Absicht liegen.

Nach meiner Erfahrung ist es oft sehr gut, wenn man nicht sofort, nachdem man eine Nachricht erhalten hat, daraufhin handeln kann, sondern durch die Umstände gezwungen wird, diese einige Stunden durchzudenken; man gelangt dann häufig zu anderen Entschlüssen.

Für das Personal würde die Abendbörse eine Vermehrung der Arbeit sein und ihm würde wenig Zeit für die Familie bleiben, für die Chefs der Verbrauch des Restes von Nerven, welchen Telephon und Telegraph ihnen gelassen.

Für ruhige Zeiten ist die Abendbörse überflüssig und für politisch erregte nur eine Chance mehr für Spekulanten; darum soll man keine errichten.“

Carl Fürstenberg, Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft:

„Ich würde die Schaffung einer Abendbörse in hohem Maße bedauern. Der Effektenverkehr an den Börsen in Frankfurt und Hamburg ist zur Mittagsstunde in so totaler Abhängigkeit von Berlin, daß das Hinterland dieser beiden Börsenplätze sich fast ausschließlich direkt mit Berlin in Verbindung bringt. Anders am Abend, wo mehrere Male im Jahr, wenn auch nicht gar zu häufig, ein wirklicher Verkehr stattfindet, der allerdings alsdann häufig dadurch alimentiert wird, daß berliner Firmen sich als Händler gegenüberstehen. Jüngsthin sind an einer frankfurter Abendbörse in einem Schluß 300 000 M. Phönix gehandelt worden, wobei eine berliner Bank einen Kommittenten exekutiert haben und eine andere Käufer gewesen sein soll. Die Abendbörse in Berlin dürfte ausschließlich dem Spiel angehören, sei es nun in Ultimopapieren oder in jenen favorisierten Kassewerten, die keine Grenze nach oben kennen. Hierfür scheint mir die Gelegenheit einmal am Tage ganz ausreichend zu sein, wie es auch nicht nötig ist, jeder politischen oder wirtschaftlichen Meldung sofort kursmäßigen Ausdruck geben zu können. Der Hinweis auf New York, von wo schon in der Abendstunde Anfangskurse da wären, ist ebenfalls nicht glücklich, denn an keinem Markt ist der Verlauf so wenig zu übersehen und so uneinheitlich wie an der amerikanischen Börse. Wir haben im allgemeinen, wenn in Deutschland von Ausschreitungen gesprochen wird, nur solche nach der Haussierichtung zu befürchten. In derartigen Perioden gibt man sich nicht mit der Konservierung von Kursen zufrieden, sondern erachtet jede Börse des Stillstandes für Rückgang, und so würde eine zweimalige Gelegenheit des Tages, der guten Tendenz durch Kursheraufsetzung Ausdruck zu verleihen, einen Vorschub für die Uebertreibung bilden. Paris hat seine Abendbörse schon sehr lange aufgegeben, in Wien ist sie auch abgeschafft worden, und in Berlin hat sie schließlich nur zu einer Zeit bestehen können, wo die Mittagsbörse keine wesentliche Bedeutung hatte, der Nachrichtendienst ein ganz anderer als gegenwärtig war und die Abhängigkeit von den fremden Plätzen fast für alle Werte be-

stand. Die Signatur der berliner Börse geben gegenwärtig unsere heimischen großen Werte und nicht, wie in alten Zeiten, die Aktie der Kreditanstalt oder der Lombarden, deren Kurs heute noch nicht 1 % der Börsenbesucher kennt.“

Martin Schiff, Direktor der Nationalbank für Deutschland:

„Meine Ansicht geht dahin, daß die Errichtung einer Abendbörse in Berlin durchaus nicht wünschenswert ist. Ich glaube nicht, daß im allgemeinen die Errichtung von Abendbörsen regulierend auf die Kursgestaltung gewirkt hat, im Gegenteil, vielfach habe ich die Beobachtung gemacht, daß eine Nebenbörse entweder allzu heftig auf unerwartet eintretende Ereignisse reagiert oder aber auch zur Stimmungmache benutzt wird. Die Ursache für diese Erscheinung ist in dem naturgemäß schwachen Besuch solcher Abendbörsen und in der Tatsache zu suchen, daß sich bis zur Abendbörse bei weitem nicht soviel Orders ansammeln können wie zu der wenige Stunden vorher geschlossenen Mittagsbörse.

Von Vorteil könnte diese Einrichtung allenfalls für die mit New York tätige Arbitrage sein, doch fällt dieser Umstand meines Erachtens nicht genügend in die Wagschale, um dies Experiment zu unternehmen. Zu berücksichtigen wäre auch für diesen Fall, daß eine auf vage Gerüchte hin entstehende Bewegung an der berliner Abendbörse den newyorker Markt unter Umständen in einer solchen Weise beeinflussen könnte, daß er am nächsten Tage eine Korrektur erfahren müßte, und die Schuld an den vorangegangenen Ausschreitungen würde dann der berliner Abendbörse zur Last gelegt werden. Ich sehe in der Errichtung einer solchen nur eine Vermehrung der ungesunden Spekulation.

Auf Ihre Anfrage, welche Erfahrungen man mit den Nebenbörsen des In- und Auslandes gemacht hat, kann ich Ihnen nur erwidern, daß die frankfurter Börse meine oben dargelegten Befürchtungen vollauf rechtfertigt. Ich erinnere mich zahlloser Fälle plötzlich eingetretener Kurssteigerungen oder -rückgänge an dieser Abendbörse, die am nächsten Tage korrigiert waren, und welche bei den vorliegenden Gerüchten nie hätten eintreten können, wenn der Markt eine breitere Basis gehabt hätte. Letztere wird aber in Berlin ebensowenig wie in Frankfurt möglich sein.

Was die Wirkungen eines Abendverkehrs auf die Arbeitzeit der Angestellten anbetrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Beamten in geschäftsreichen Zeiten, in denen sie durch ihre Tätigkeit ohnedies schon genügend lange an die Bank gefesselt sind, eine erhebliche Mehrarbeit zu leisten haben würden oder wenigstens sehr viel länger im Dienste der Bank tätig sein müßten. Dies wäre aber ein sehr unerwünschter Mißstand, zumal man durch Neuengagements keine Abhilfe schaffen könnte, da man kein Personal für „Nachtarbeit“ engagieren kann, welches erst nach 7 oder gar 8 Uhr abends für vielleicht eine Stunde Arbeit anzutreten hätte.

Mein Kollege, Herr Stern, hat mich ersucht, Ihnen zu sagen, daß er meinen Standpunkt vollkommen teilt.“

Siegmund Schwitzer, Direktor des A. Schaaffhausenschen Bankvereins:

„Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß nach meiner Erinnerung es in Berlin noch niemals einen offiziellen Abendverkehr gegeben hat, sondern in früheren Jahren hatte man nur bei großen Ereignissen eine Art Privatverkehr in den Klubs und einen offizielleren Sonntagsverkehr in der Ressource. Wien und Paris haben vor Jahren die bis dahin von alters her bestandene Abendbörse abgeschafft, weil kein Bedürfnis mehr dafür vorlag. Für Deutschland scheint es mir zu genügen, daß Hamburg und Frankfurt a. M. den Abendverkehr noch aufrecht erhalten haben, obwohl er im allgemeinen keine Bedeutung hat; diese Plätze haben die Einrichtung wohl auch nur beibehalten, um damit gegenüber Berlin eine Spezialität aufzuweisen, die ihnen manchmal von Nutzen sein könnte.

Für Berlin selbst möchte ich das Bedürfnis einer Abendbörse auf das entschiedenste bestreiten. Von einer Uebertragung des großen Kasseverkehrs auf eine Abendbörse könnte gewiß keine Rede sein, sondern man denkt wohl auch nur an einen Ultimohandel in den Hauptpapieren! Der Verfasser der Notiz geht von der Voraussetzung aus, daß in frühen Nachmittagsstunden „etwas passiert“. Es scheint mir doch, daß dieser Fall so selten eintritt, daß man dafür keine besondere Einrichtung zu treffen braucht; man müßte dann schließlich auch, mit Rücksicht auf den viel häufiger vorkommenden Fall, daß morgens sehr wichtige neue Nachrichten vorliegen, dafür plädieren, daß die Börse schon möglichst früh, etwa um 10 Uhr, anfängt.

Die Hauptsache ist aber wohl, daß die Einrichtung technisch schwer durchzuführen sein und eine Belastung der Angestellten herbeiführen würde, welche uns wieder um Jahrzehnte zurückwürfe. Wir begrüßen es doch alle als einen Fortschritt, daß der Schluß der Arbeitzeit in den Banken und Bankgeschäften im allgemeinen zwischen ½7 und 7 Uhr erfolgt und daß späteres Arbeiten nur ausnahmsweise stattfindet. Eine Abendbörse würde natürlich eine teilweise weitgehende Verlängerung der Arbeitzeit mit sich bringen und der ganzen jetzigen Tendenz nach deren Konzentration widersprechen.“

Kommerzienrat Alfred Löwenberg, Mitglied der Handelskammer und des Börsenvorstandes:

„Die Idee der Einführung einer offiziellen berliner Abendbörse ist nicht neu; sie ist schon verschiedentlich aufgetaucht und immer wieder fallen gelassen worden, und zwar, wie ich meine, aus guten Gründen. Bei dem ungeheueren Apparat, welchen eine solche offizielle Einrichtung in Berlin erfordern möchte, würden die Interessenten kaum zur Besinnung kommen. Der Börsenverkehr endet um ca. 4½ Uhr, und eine mehrere Stunden später be-

ginnende Abendbörse, welche sich in erregten Zeiten lange hinzieht, würde für das neue Quantum an Arbeit neue Kräfte und Beamte erfordern, wenn physische Erschöpfung vermieden werden soll, neue Angestellte, deren Kosten bei den gedrückten Bedingungen des Kommissionsgeschäftes sich kaum rentieren dürften. Ob es ein Vorteil ist, jede nachmittags eintreffende politische Nachricht an der Abendbörse umzuwerten, ist eine recht zweifelhafte Frage, und vorwiegend ist die Erfahrung seit vielen Dezennien gemacht worden, daß es recht gut ist, über Nacht abzuwarten und sich die Dinge zu beschlafen. Das Bedürfnis einer solchen Abendbörse hat sich in den letzten 40 Jahren für Berlin nicht gezeigt, und so gern ich für Neuerungen eintrete, so tue ich es doch nur, wenn eine dringende Notwendigkeit dafür vorhanden ist. In Paris ist die Abendbörse aufgehoben; ein Beweis, daß sie unnötig geworden ist. In Hamburg und Frankfurt a. M. findet sie statt aus alter Zeit und Gewohnheit, und ich bin recht zweifelhaft, ob, wenn sie nicht vorhanden wäre, man sie dort heute einführen würde.

Aber das Hauptargument, nämlich die augenblickliche politische Erregung, ist an sich kein nachhaltiges Motiv. Denn dies Moment bildet, glücklicherweise, die Ausnahme; was aber soll in ruhigen, friedlichen Zeiten mit diesem neuen großen und kostspieligen Apparat geschehen? Auch in Wien hat der Verkehr an den Abendbörsen gänzlich aufgehört. Eine offizielle wiener Abendbörse, welche früher tatsächlich bestand, ist längst aufgehoben worden. Dazu käme folgendes ungünstige Moment: Falls man sich nicht zur Anstellung weiterer Börsenvertreter für die Abendbörsen entschlösse, so würden dieselben Herren, welche an der Mittagbörse arbeiten, auch abends tätig sein. Sie würden dann kaum noch für eine andere Tätigkeit in Frage kommen und dadurch eine Einseitigkeit erfahren, welche heute nicht vorhanden ist, weil die Börsenvertreter, jetzt auch mit verschiedenen anderen Arbeiten der Branche beschäftigt, die Fühlung mit weiteren Ressorts nicht verlieren. — Es gab auch hier einmal eine Art ganz unoffiziellen Börsenverkehrs am Sonntag, derselbe hat seit langer Zeit aufgehört, und niemand weint ihm eine Träne nach. Wenn die Stunden vergehen, beruhigen sich auch die Nerven, und es ist mir erinnerlich, daß an jenem bekannten Sonntag, wo Fürst Alexander von Bulgarien plötzlich vom Throne vertrieben wurde, ein sehr bekannter Interessent à tout prix größere Effektenposten verkaufen wollte, was nur zu kleinem Teile gelang. Und das war gut; denn Montag morgen brachte die Nordd. Allgem. Zeitung bereits einen Artikel, welcher einen durchaus beruhigenden Einfluß ausübte, so daß Montag mittag kaum wesentliche Unterschiede mit der letzten Börse vorhanden waren. Diesen einen Fall führe ich nur beispielsweise an, aber es ließen sich sehr viele solcher Fälle nachweisen. Dies einige der Hauptpunkte; ich glaube aber, daß sich noch manches darüber sagen ließe."

Fritz Andreae, Geschäftsführer der Hardy & Co. G. m. b. H., Mitglied der Zulassungstelle:

„Im Besitz Ihrer gefl. Anfrage betr. berliner Abendbörse teile ich Ihnen mit, daß ich es zwar für sehr dankenswert halte, die Frage einmal zu erörtern, daß ich mich persönlich aber nicht für die Idee erwärmen kann. Die Hauptbörsenplätze der Welt haben den Abendverkehr nicht offiziell akzeptiert oder haben ihn wieder abgeschafft. Durch einen solchen Verkehr würde eine sehr große Mehrbelastung des Bureaupersonals und der Börseneinrichtungen entstehen, demgegenüber eine genügende wirtschaftliche Rechtfertigung nicht anzuführen wäre. Theoretisch könnte man ja einen Börsenverkehr zu allen Tages- und Nachtzeiten einrichten und befürworten, denn es können zu jeder Stunde Ereignisse eintreten, die börsenmäßig Anregung bieten. Die allgemein übliche Beschränkung des Verkehrs auf einige Stunden drückt aber die allseitige Ansicht aus, daß diese Limitierung als zweckmäßig und ausreichend erachtet worden ist.

Sind nun etwa neuerdings Bedürfnisse eingetreten, die es erheischen, an diesem Zustande etwas zu ändern? Ich muß diese Frage verneinen. Wenn sich ein Abendverkehr in Frankfurt und Hamburg erhalten hat, so geschieht dies hauptsächlich deshalb, weil die beiden Plätze eifersüchtig auf die Wahrung einer Spezialität achthaben, die ihnen gelegentlich einiges Geschäft zuführt. Unserer berliner Börse brächte der Abendverkehr zwar auch eine wichtige Bereicherung, und zwar im Arbitrageverkehr mit New York. Die New Yorker Anfangskurse, die hier um fünf eintreffen, würden Veranlassung zu Gegenoperationen bieten. Diesen einen ungewöhnlichen Vorteil kann ich aber nicht als maßgebend ansehen.

Schließlich kann in Deutschland in den üblichen Börsenstunden genügend spekuliert werden, und es wäre kein Segen für unser Publikum, wenn diese Gelegenheit noch ausgedehnt würde.

Auch technisch haben die Börseneinrichtungen zur Erledigung des Anlage- und Spekulationsgeschäftes vollauf genügt — daß es an einigen wenigen Tagen einmal anders sein kann, fällt nicht ins Gewicht. Dasselbe könnte auch an einer Abendbörse passieren."

Veit L. Homburger in Karlsruhe:

„Auf Ihr w. Schreiben vom 4. cr. teile ich Ihnen höfl. mit, daß meiner Ansicht nach die Erfahrungen, die man bisher im In- und Ausland mit den Abendbörsen gemacht hat, keine derartigen sind, daß die Etablierung einer berliner Abendbörse wünschenswert wäre."

Ephraim Meyer & Sohn in Hannover:

„Wir teilen Ihnen mit, daß unserer Ansicht nach die Errichtung einer offiziellen Abendbörse in Berlin von großer Bedeutung sein würde, namentlich für die beweglichen Papiere des Ultimomarktes. Unsere Firma hat nur sehr selten in diesen Papieren zu tun, wie sie ja auch die Vorschuß-

leistung auf Aktienkäufe in der Klientel in äußerst mäßigen Grenzen hält. In bewegten Zeiten ist eine Abendbörse namentlich für alle Interessenten in der Provinz deshalb von um so wertvollerer Bedeutung, weil sie erst nach Schluß des offiziellen Börsenverkehres über dessen Verlauf übersichtlich unterrichtet werden und danach noch ihre Entschlüsse an einer Abendbörse zur Durchführung bringen können.

Wenn auch die wohl allein maßgebende Abendbörse von Frankfurt a. M. ihr altes, historisches Dasein erfolgreich betätigt, so würde es von der allergrößten Bedeutung sein, daß der nun einmal in Berlin vorhandene Hauptverkehr an der Tagesbörse auch des Abends bei denselben Stellen, wo er sonst unterhalten wird, fortgesetzt werden kann.

Es ist anzunehmen, daß ein offizieller Abendbörsenverkehr in Berlin bald eine große Bedeutung gewinnen könnte. Inwieweit der an sich schon stark überlastete Börsenverkehr dort die Schwierigkeit einer weiteren Tätigkeitsteigerung erfolgreich praktisch zu überwinden in der Lage ist, vermögen wir natürlich nicht zu übersehen."

L. Behrens & Söhne in Hamburg:

„Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß es dankbar zu begrüßen ist, daß Sie in rubr. Angelegenheit eine Aussprache herbeiführen.

Nach unserer Ansicht sollte man sich aber vor diesem folgenschweren Schritte hüten. Der beste Beweis dafür ist, daß man in Paris die Abendbörse schon seit vielen Jahren abgeschafft hat, und die Abendbörsen in Frankfurt a. M. und Hamburg schon längst nicht mehr die Bedeutung haben, die sie in früheren Zeiten hatten. In ruhigen Zeiten ist das Geschäft im Verhältnis zum Mittagsverkehr sehr gering, und in Zeiten, in denen die Politik die Börse beeinflußt, sind die Umsätze nur einigermaßen umfangreich, wenn gerade neue Ereignisse zur Abendbörse bekannt werden. Es erscheint aber nicht richtig, Maßregeln für Ausnahmezeiten zu treffen, die doch hoffentlich vorerst nicht wiederkehren werden.

Allgemein besteht die Tendenz, die Arbeitzeit einzuschränken, da die Gesundheit, besonders die Nerven, der Geschäftsleute durch die Schnelligkeit, mit der heute die geschäftlichen Maßnahmen zu treffen sind, derart in Anspruch genommen wird, daß man die geschäftliche Tätigkeit nicht erweitern sollte. Wir erinnern nur an den telegraphischen und telephonischen Verkehr. Wir verkennen durchaus nicht den großen Nutzen, den die Vervollkommnung dieser Verkehrsmittel der Geschäftswelt gebracht hat, aber andererseits unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß der dadurch häufig überhastete Verkehr viele Menschen überanstrengt und vor der Zeit arbeitunfähig macht.

Ein zweiter Grund ist, daß die Angestellten der Bankfirmen durch eine Ausdehnung der Geschäftszeit in übermäßiger Weise angestrengt werden würden und eine Vermehrung des Personals diesem Umstande nicht Abbruch tun würde, da sich eben nur wenige Leute für das Börsengeschäft eignen.

Nach Vorstehendem glauben wir, daß es richtiger ist, einige Unzuträglichkeiten, die vielleicht durch Etablierung einer berliner Abendbörse gemildert werden könnten, zu ertragen, zumal es fraglich ist, ob die Vorteile, die eine Abendbörse in Berlin bringen würde, nicht noch viel mehr Nachteile durch Erweiterung der Spekulationskreise nach sich ziehen würden.

Wir weisen noch darauf hin, daß in ruhigen Zeiten bei einem dann naturgemäß geringen Besuch der Abendbörse leicht Bewegungen in einzelnen Werten von Spekulationskliquen herbeigeführt werden könnten, die den allgemeinen Interessen und dem Ansehen der Börse schaden würden und nur zu bald die seriösen Kreise an der Börse bereuen lassen würde, zur Etablierung einer Abendbörse beigetragen zu haben."

Revue der Presse.

Die brennende Frage, ob die in dem gewaltigen Ringen am Balkan schon jetzt nahezu unterlegene Türkei auch nach einer endgültigen Niederlage und der Abtrennung der europäischen Provinzen vom asiatischen Rumpfe imstande sein wird, ihre Gläubiger zu befriedigen, veranlaßt die Tagespresse zu Untersuchungen über die

finanziellen Folgen einer türkischen Niederlage.

Im allgemeinen lautet die Prognose für die Besitzer türkischer Papiere durchaus tröstlich. Die Berliner Morgenpost (1. November) weist zwar darauf hin, daß der Italienisch-Türkische Krieg bereits während der ersten drei Monate einen Ausfall in den Einnahmen der Dette publique um rund 200 000 türkischen Pfund gegenüber dem Vorjahre bei einer Gesamteinnahme von 1 Mill. Pfund gebracht habe und daß entsprechend der gegenwärtige Krieg starke Einbußen bringen werde, meint jedoch, daß der Zinsendienst hiervon wenig berührt werden dürfte, da einerseits die Dette publique beträchtliche Reserven angesammelt habe und andererseits die besonders hohe Beträge abführenden asiatischen Provinzen vom Kriege noch wenig tangiert wurden. Bei den Türkenlosen muß allerdings vorläufig die Hoffnung auf verstärkte Tilgung fallen gelassen werden, da die hierzu erforderlichen Ueberschüsse der Dette publique auch im günstigsten Fall nicht zur Verfügung stehen werden. Daß Verluste der europäischen Anleihegläubiger auch im Falle der Teilung

der europäischen Provinzen der Türkei unter die vier Sieger ziemlich ausgeschlossen erscheinen, darüber läßt sowohl das genannte Blatt wie auch das Berliner Tageblatt (1. November) keinen Zweifel. Beide Zeitungen betonen, daß es nach den internationalen Gepflogenheiten selbstverständlich ist, daß die Eroberer in die dem Auslande gegenüber übernommenen Pflichten der annektierten Länder eintreten und stellen als wahrscheinliche Lösung der ganzen Frage hin, daß die Sieger in Zukunft an die Dette publique die Summen abzuführen hätten, die diese Landesteile bisher zur Tilgung und Verzinsung der türkischen Staatsschulden beigesteuert haben. Ganz denselben Modus hat bereits früher Bulgarien bei der Unabhängigkeiterklärung Ostrumeliens und neuerdings Italien beim tripolitanischen Friedensschluß akzeptiert. Das Berliner Tageblatt glaubt sogar aus dem Umstand, daß die auf Asien beschränkte Türkei später ihre Ausgaben infolge des Fortfallens der ständigen hohen kriegerischen Aufwendungen gegen die auf den europäischen Besitz erpichten Grenznachbarn erheblich einschränken, andererseits aber ihre asiatischen Einnahmequellen weiter ausbauen kann, den Beginn einer finanziellen Konsolidierung der Türkei voraussagen zu dürfen. — Außerordentlich prekär ist augenblicklich die Stellungnahme Oesterreichs gegenüber den serbischen Landaspirationen. Die Richtlinien der

Handelspolitik Oesterreichs gegenüber einem Groß-Serbien

werden in einem sehr interessanten Artikel des Oesterreichischen Volkswirt (2. November) vorgezeichnet. Die österreichische Handelspolitik Serbien gegenüber hat sich bisher auf die Anwendung der unaufrichtigen Schlagwörter beschränkt, daß Serbien sich auf den Sandschak keine Aspirationen machen dürfe, da Oesterreich-Ungarn niemals auf den durch diesen Landesteil führenden Handelsweg nach Saloniki verzichten würde und außerdem man sich eine Umklammerung im Süden durch ein großserbisches Reich nicht gefallen lassen könne. In Wirklichkeit geht jedoch der Handelsweg nach Saloniki, den Oesterreich bisher ungestört benutzen konnte, über Belgrad. Was aber die Umklammerung anbetrifft, so kann hierüber nur Serbien klagen, das wirtschaftlich durch die Donaumonarchie bisher stark eingeengt worden ist und durch die österreichische Grenzsperre gegenüber dem serbischen Vieh und Getreide schwer geschädigt wurde. Jetzt, nach den serbischen Erfolgen und nachdem die Konsequenz der jahrzehntelang betriebenen österreichischen Balkanpolitik, der status quo-Gedanke wohl oder übel fallen gelassen werden mußte, möchte man gern die früheren Fehler gut machen und mit Serbien in einen derart engen wirtschaftlichen Konner treten, daß man seine Zustimmung zu den Gebietserweiterungpostulaten nur dann geben möchte, wenn Serbien in eine österreich-ungarisch-serbische Zollunion eintreten will. Dieser Gedanke ist jedoch verkehrt. Denn einmal stehen wir unbedingt vor der Wahrscheinlichkeit einer serbisch-bulgarischen Zollunion und andererseits würden die in Serbien mit Oesterreich konkurrierenden Großmächte dem Projekt sehr starken Widerspruch entgegensetzen. So liegt denn die Gefahr eines Réfus für Oesterreich hier sehr nahe. Die österreichische Handelspolitik muß sich vielmehr darauf beschränken, mit Serbien einen möglichst günstigen Handelsvertrag abzuschließen. — Eine zusammenfassende Uebersicht über die

wirtschaftlichen Interessen Europas am Balkan

gibt der ehemalige Handelsattaché der deutschen Gesandschaft in Konstantinopel, Kurt Jung, im Züricher Economist (26. Oktober). Europa, das in Eisenbahnen und industriellen Unternehmungen Milliarden in den Balkanländern investiert hat, hat zunächst sehr bedeutende Gläubigerinteressen und kann schon aus diesem Grunde der Entwicklung der Dinge nicht ruhig abwartend zusehen. Die von den europäischen Gläubigern geschaffene Dette publique verwaltet von den 2,64 Milliarden türkischer Staatsschulden über 1½ Milliarden. Daneben sind aber auch die ständigen Handelsinteressen Europas sehr umfangreich, da das gänzliche Fehlen nennenswerter Industrien die meist rein agrarischen Charakter tragenden Balkanstaaten gebieterisch auf die Einfuhr europäischer Fabrikate hinweist. Unter den Einfuhrländern der Türkei rangieren England an erster, Deutschland und Oesterreich an zweiter und dritter Stelle. In Bulgarien ist Deutschland, das einen großen Teil der Staatsschulden dieses Landes übernommen hat, besonders interessiert. Serbien hat bisher 40 % seiner Waren aus Oesterreich und 30 % aus Deutschland bezogen. Griechenland, an dessen Einfuhr in erster Linie Rußland und Oesterreich, und erst in zweiter Linie Deutschland und Italien partizipieren, genießt bekanntlich als Zahler keinen allzu guten Ruf. Die gegenwärtige

wirtschaftliche Lage in Griechenland

scheint sich unter dem Einfluß des Krieges wieder einigermaßen bedenklich anzulassen, wie die in den amtlichen Nachrichten für Handel und Industrie (1. November) zusammengestellten deutschen Konsulatsberichte aus den wichtigsten griechischen Küstenhandelsplätzen zeigen. Drei Privatbanken sind bereits wegen stürmischer Depositenrückforderungen des Publikums in Schwierigkeiten geraten; die Nationalbank und die Bank d'Athènes haben ihre Geschäfte und besonders das Diskontgeschäft stark reduziert. Der Importhandel und hier auch besonders der deutsche Handel erleidet bedeutende Einbußen, einerseits dadurch, daß die Panhellenische Gesellschaft ihre Fahrten von Triest eingestellt und das Feld dem österreichischen Lloyd überlassen hat, der nicht genügend Schiffsraum zur Verfügung hat, dann aber auch dadurch, daß zahlreiche angekommene Stückgüter von den Bestellern nicht mehr eingelöst und abgeholt werden können. Die Zahlungen stocken selbst bei gutfundierten Firmen

und die Käufer sind bereits in vielen Städten dazu übergegangen, für ihre Akzepte, die bisher durchweg vier Monate Laufzeit hatten, eine Verdoppelung dieser Frist zu fordern. — Die Vossische Zeitung (31. Oktober) knüpft an die im „Bankarchiv" wiedergegebenen Aeußerungen des ehemaligen Direktors der Pester Ungarischen Commercialbank, Franz Vas, über den

österreichisch-ungarischen Anleihemarkt

an. Vas, der einen steigenden Geldbedarf der österreich-ungarischen Monarchie für die nächsten Jahre voraussagt, bezeichnet bei der mangelnden Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes, sowie auf Grund der Tatsache, daß der französische und englische Geldmarkt der Donaumonarchie aus politischen Gründen bis auf weiteres verschlossen bleiben wird, Deutschland als das Land, an das bei Kapitalbedarf zu appellieren wäre. Die Vossische Zeitung bemerkt hierzu, daß österreichische und ungarische Staatspapiere an den deutschen Börsen und beim deutschen Publikum gern gesehen werden. Der Erfolg der ungarischen Anleihe von 1911 ist ein Beweis hierfür. Das deutsche Publikum hat zwar an den Lombardenaktien sehr viel verloren, dafür aber auch an den zahlreichen Rückkäufen österreichischer Werte durch das Mutterland Hunderte von Millionen an Kursgewinnen erzielt. Oesterreich allein hätte es allerdings nicht nötig, an Deutschland mit Kapitalbedarf heranzutreten, da es, wie sich bereits 1893 bei der 2 Mill. Kronenrente zeigte, imstande ist, seine Anleihen im eigenen Lande unterzubringen. Ungarn dagegen, das für seine Staatsbahnen, sowie für den von ihm aufzubringenden Anteil an den Heereskrediten bedeutenden Geldbedarf hat und außerdem Ende 1913 einen Betrag von 250 Mill. Kr. 4½%iger Kassenscheine einlösen muß, ist nicht in so glücklicher Lage. Nach deutscher Auffassung ist jedoch Oesterreich, das ziemlich ausschließlich an dem wirtschaftlichen Aufschwunge Ungarns partizipieren wird, sein berufener Geldgeber, und so wird das deutsche Kapital, trotzdem diese Lösung dem unter der Parole „Los von Wien" kämpfenden ungarischen Chauvinismus nicht sympathisch sein wird, vor allem Oesterreich mit Geld versorgen und es so ermöglichen, daß die freiwerdenden österreichischen Kapitalien sich dann Ungarn zuwenden. — Die

Kursverwüstungen an der Berliner Börse,

die die Balkanwirren während der Dauer des Monats Oktober angerichtet haben, beleuchtet eine tabellarische Zusammenstellung der Berliner Morgenpost (30. Oktober). Die auffälligste Erscheinung ist, daß die Werte der direkt vom Kriege betroffenen Balkanstaaten in geringerem Maße den Kursrückgängen anheim gefallen sind, als die von der Spekulation besonders favorisierten russischen Bankaktien und deutschen Industriewerte. So verloren zwar unifizierte Türken bei einer Gegenüberstellung der Liquidationskurse der Monate September und Oktober 8¾ % und Türkenlose 23 ℳ, dafür aber stürzten Azow Don Aktien um fast 30 % und die Aktien der Petersburger Internationalen Handelsbank und der Russischen Bank für auswärtigen Handel um 24½ resp. 18 %. Von deutschen Industriewerten wurden u. a. Hansa Dampfschiffahrt um 47, Rheinische Stahlwaren um 23, Deutsch-Luxemburger, Schuckert und Harpener um 20 % gedrückt. Das Standardpapier des Montanmarktes, Phoenix, verlor 15 %. — Die Frage, ob in den kritischen Oktobertagen die Börse versagt hat oder sich als Stütze des heimischen Geldmarktes erwiesen hat, soll nicht zur Ruhe kommen. In der vorigen Revue referierten wir die Ausführungen Rießers, die sich gegen die den

Patriotismus der Börse

anzweifelnden Ausführungen Exz. v. Blumes im „Tag" richteten. Nunmehr greift die Deutsche Tageszeitung (2. November) in die Debatte ein und wendet sich scharf gegen Rießers Behauptungen, daß es lediglich das Publikum gewesen sei, das durch Angstverkäufe das Kursniveau erschüttert habe. Der erste starke Kurssturz ist zu einer Zeit erfolgt, als das Publikum zum großen Teile gerade erst die Mobilmachung der Balkanstaaten erfuhr, Blankoverkäufe der Börsenspekulation waren es, die ihn herbeiführten. Wenn dann später aber die Situation durch die Verkäufe des Publikums verschärft worden sei, so war auch das Schuld der Banken, die bisher durch ungesunde Kreditgewährung und optimistische Stimmungmache es in allzu hohe Engagements hineingehetzt hätten, und nun vielfach Zwangsverkäufe für Rechnung der Kundschaft vornahmen. Auch mit der Interventionstätigkeit der Großbanken sei es nicht weit her; diese sei gewöhnlich nach Feststellung der offiziellen Kurse, wo sie also nicht mehr wesentlich zur Behebung der Panik beitragen konnte, vorgenommen worden und diente auch mehr den privatwirtschaftlichen Interessen der Banken als dem Publikum und dem Ansehen der Börse gegenüber dem Auslande. Rießers Hinweis, daß sich an der pariser Börse die Balkanwerte viel schlechter als in Berlin gehalten hätten, entkräftige sich durch den Hinweis, daß in Frankreich für zirka 14 in Deutschland aber nur zirka 2 Milliarden Balkanwerte placiert seien, der Ansturm also in Paris ein ungleich größerer habe sein müssen. — Daß übrigens an den französischen Börsen, deren gute Verfassung immer von den Gegnern der deutschen lobend hervorgehoben wird, arge Mißstände bestehen, zeigt eine Mitteilung der Vossischen Zeitung (2. November) über die

Erweiterung des Prospektzwanges in Frankreich.

In den letzten Jahren ist Frankreich durch eine große Anzahl obskurer exotischer Papiere überschwemmt worden, die mangels hinreichender Bestimmungen über die Abfassung der Prospekte und des Fehlens einer geeigneten Instanz zur Nachprüfung der gemachten Angaben auch an die Börsen gelangten. Der neue Gesetzentwurf sieht nun verschärfende Maßnahmen in dieser Beziehung vor.

Allerdings ist noch nicht bekannt, ob er, was unbedingt notwendig wäre, auch die Haftung der Emittenten neu regelt. — Die französische

Organisation der Provinzbanken und Bankiers

war auf dem Bankiertage in München von einigen Privatbankiers als Vorbild für einen Zusammenschluß der deutschen Privatbankiers und unabhängigen Provinzbanken aufgestellt worden. Im Bankarchiv wendet sich der Mitinhaber des Frankfurter Bankhauses Lazard Speyer Ellissen, Herr Lucien Picard, gegen dieses Projekt. Es fehlt in Deutschland an den gutfundierten unabhängigen Bankfirmen, wie sie sich in der Zahl von 200 sogleich bei Begründung des Syndicat des Banques de Province zusammenfanden. Die meisten größeren Privatfirmen und Provinzbanken stehen in ständiger Geschäftsverbindung mit den Großbanken, die sie durch Konsortialunterbeteiligungen und Placierungprovisionen bei ihren Emissionen an sich zu fesseln wissen. Ganz abgesehen ferner davon, daß es einer Organisation der Bankiers zum mindesten sehr schwer fallen würde, die erforderliche kostspielige Organisation zu unterhalten und auszubauen, würde es auch an lohnender Beschäftigung für das Syndikat fehlen. Denn Deutschland ist nicht wie Frankreich, das Land der billigen Geldsätze, der Financier der Welt, das mit lohnenden fremden Anleihegeschäften überflutet wird. Die wenigen Aufträge dieser Art, die zuweilen hereingeholt werden, verbleiben dann auch den Großbanken. Auch die großen Industriegesellschaften sind durchweg bei den Großbanken in festen Händen, so daß man den Privatbankiers, wenn sie wirklich eine Organisation schaffen wollen, nur raten kann, den Zusammenschluß einzelner Gruppen in lokalen Bezirksverbänden oder einzelnen großen Bankplätzen zu veranlassen. Derartige Lokalorganisationen können sich auf dem Gebiet der Financierung kleinerer industrieller Unternehmungen und im Kreditgeschäft wohl bewähren. — Die Zeitungen der Bankbeamtenvereine weisen mit erfreulicher Deutlichkeit die Oeffentlichkeit immer wieder darauf hin, wenn in den

Arbeitverhältnissen der Bankbeamten

bei einem Institut sich Mißstände ergeben, die nicht freiwillig beseitigt werden. So teilt die Bankbeamten-Zeitung (1. November) mit, daß bei der Deutschen Bank in Hamburg in der Giroabteilung die Beamten, die ohne Tischzeit bis fünf Uhr regulär „durcharbeiten" sollen, bis 6 und 7 Uhr und andere Beamte mit zweistündiger Unterbrechung schon an wenig lebhaften Tagen bis 8, meist aber bis 9 und 10 Uhr beschäftigt werden. In der Couponsabteilung wird bei einer Vergütung von einer Mark für Abendbrot vierteljährlich je vier Wochen lang bis 12 Uhr nachts gearbeitet. Die Dresdner Bank in Berlin fordert ihre Lehrlinge zum Besuch von von ihr veranstalteten Kursen auf, obwohl die Veranstaltungen der Fachvereine bei geringer Vergütung jedem Bedürfnis entsprechen, und läßt sich dafür monatlich 5 ℳ. Honorar zahlen. — Die Wiesbadener Filiale desselben Instituts legte einem Bankbeamten, der als Volontär bei ihr eintreten wollte, einen Kontrakt mit Konkurrenzklausel des Inhalts vor, daß er, trotzdem seine Eltern in Wiesbaden wohnten, ein Jahr nach seinem Ausscheiden aus der Bank keine Stelle in einem Wiesbadener Bankgeschäfte annehmen dürfe. — Nach jahrelangen Kämpfen ist es endlich gelungen, eine

Tuchkonvention

zustande zu bringen. 500 Fabrikanten, d. h. 98 % haben sich, wie die Berliner Morgenpost (31. Oktober) schreibt, zusammengefunden und, um einem Krebsschaden der Branche abzuhelfen, neue und einheitliche Zahlungbedingungen aufgestellt. Für die Tuchwarenbranche bedeutet diese Vereinheitlichung und Revidierung der Konditionen eine große Erleichterung, da bisher in geradezu ruinöser Weise „Ziel" gewährt werden mußte und sich unhaltbare Zustände ergeben hatten, die eben nur durch gemeinsames energisches Vorgehen zu beseitigen waren. — Auf einander widersprechende Nachrichten aus dem Industrierevier, die es für angezeigt erscheinen lassen, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß das

Ende der Hochkonjunktur

allmählich herannaht, macht dasselbe Blatt (1. November) aufmerksam. In Eisenhändlerkreisen scheint man nicht sehr optimistisch in bezug auf die Fortdauer der Hochkonjunktur gestimmt zu sein, denn bei der kürzlich stattgehabten großen Submission des Kölner Eisenbahnfiskus haben die Händlerfirmen starke Unterbietungen, und zwar bei Stabeisen bis zu 10 und bei Blechen um 5 ℳ. gegenüber den von Werken geforderten Preisen vorgenommen. In Industriellenkreisen bemerkte man jedoch in bezug hierauf, daß das Vorgehen der Händler nicht als symptomatisch für die Marktlage angesehen werden dürfe. — Die Frankfurter Zeitung (30. Oktober) bringt eine sehr instruktive Zusammenstellung der

amerikanischen Petroleumlieferanten.

Die Deutsche Reichsregierung rechnet für die Zukunft bei der Petroleumversorgung Deutschlands auf die Lieferungen der unabhängigen amerikanischen Produzenten. Die Höhe der Produktion dieser „Independents" ist außerordentlich schwer festzustellen, da einerseits weder die Standard Oil Comp. noch die übrigen Gesellschaften genaue Angaben über ihre Gehaltsergebnisse machen, andererseits aber auch schwer festzustellen ist, wer wirklich vollkommen vom Trust unabhängig ist. Die letzte Schätzung, die vorliegt und die vom Jahre 1907 datiert ist, beziffert in der Leuchtölproduktion den Anteil der Standard Oil Co. auf 86,5 %; der Rest entfiel auf unabhängige Produzenten. Bis heute werden sich die Verhältnisse kaum sehr geändert haben, denn der Anteil der „Independents" wird nirgends höher als 20 bis 25 % taxiert. Für Deutschland kämen als Lieferanten

in Frage die mit einem Kapital von 41 Mill. $ arbeitende Texas Comp., deren tägliche Leichtölproduktion maximal 30 000 Barrels beträgt, ferner die mit 10 Mill. $ ausgerüstete, maximal täglich 13 500 Barrels erzeugende Indian Refining Comp. und die über 25 Mill. $ verfügende, bis 10 000 Barrels produzierende Tidewater Oil Comp. Die Produktionsfähigkeit der ebenfalls in Betracht kommenden Gulf Oil Corp., sowie der Producers Oil Comp., die über Kapitalien von 21 resp. 1½ Mill. $ verfügen, ist nicht bekannt. Die genannten Produktionsgesellschaften wären wohl in der Lage, Deutschlands Petroleumbedarf gegebenenfalls zu befriedigen, dies aber nur für den Fall, daß sie nach Deutschland auf Kosten ihrer bisherigen Absatzgebiete lieferten. Es ist aber nicht zu erwarten, daß die „Independents“ um Deutschlands willen ihre alten Kunden vernachlässigen, zumal auch ihre Gegnerschaft zum Trust nicht so intensiv, wie vielfach angenommen wird, ist, so daß Deutschland wohl auch später einen Teil seines Bedarfs bei der Standard Oil Comp. decken muß.

Aus den Börsensälen.

Die Börsenbesucher sind von einem geradezu erstaunlichen Optimismus beseelt. Allen Nachrichten, die über den Balkankrieg oder über die Stellung der Grossmächte verbreitet werden, versucht die Spekulation eine günstige Seite abzugewinnen. Sie hofft, dass der Krieg bald beendet sein werde, und je grösser die Siege der vereinigten Balkanarmeen waren, desto eher glaubte sie an dieses Ende. Die Mitteilung von der Mobilisierung der englischen Flotte hat zwar einen Teil der bestehenden Hausse-Engagements zur Lösung gebracht, aber bald darauf hat die Börse wieder eine Befestigung erfahren, und wenn die vorherigen Kursrückgänge auch nicht vollständig eingeholt wurden, so war deren Umfang doch nicht so erheblich, wie man nach den vorliegenden Nachrichten hätte erwarten müssen. Nach den bedeutenden Rückschlägen, die um die Mitte des Monats Oktober eingetreten sind, sind diejenigen Haussepositionen gelöst, die mit ganz geringem Einschuss eingegangen waren; keineswegs ist aber der Ansicht der Börse beizustimmen, dass schon eine „Reinigung“ der Märkte von allen zweifelhaften Engagements stattgefunden hat. Man wird im Gegenteil damit rechnen müssen, dass der Liquidationsprozess eine Fortsetzung erfährt. Es gibt sehr viel Leute, die nur deshalb von einem Verkauf ihrer Wertpapiere Abstand nehmen, weil sie sehr grosse Verluste erleiden würden und immer noch mit einer Besserung des Kursniveaus rechnen. Wenn aber durch geringfügiges Angebot (wie es in dieser Woche der Fall war) die Kurse allmählich weichen, so gelangen hierdurch auch jene Positionen ins Wanken, die bisher noch durchgehalten worden sind. Gerade die in den Börsenkreisen vorherrschende günstige Stimmung ist bedenklich; sie beweist nur gleichfalls, dass die umfangreichen Positionen keine so erhebliche Verringerung erfahren haben, wie es von denjenigen behauptet wird, die an einer baldigen Besserung interessiert sind. Der allmähliche Rückgang, der dann immer wieder den Anstoss zu Positionslösungen gibt, wird dadurch hervorgerufen, dass dem geringfügigen Angebot nur wenig Nachfrage gegenübersteht. Trotz der ruhigen Beurteilung der politischen Lage fehlt es nach wie vor an Unternehmunglust; wenn die Börsenspekulation wenige Tage lang Käufe vornimmt, ist sie bald wieder bestrebt, sich der aufgenommenen Werte zu entledigen. Die Grossbanken tragen das ihrige dazu bei, um die Börse bei guter Laune zu erhalten. Ihre Interventionstätigkeit ist, sofern man von einer solchen überhaupt sprechen kann, zwar recht unbedeutend, aber dadurch, dass gewöhnlich bei matter Eröffnung gegen Schluss der Börse kleine Summen aufgenommen werden, wird durch die höheren Schlussnotierungen nach aussen hin der Eindruck erweckt, als ob die Kurse nur unbedeutend oder gar nicht zurückgegangen seien. Naturgemäss kommt aber das Angebot des Privatpublikums in der Hauptsache zu den ersten Kursen (oder noch in der ersten Stunde) an den Markt, so dass der Verkehr in der zweiten und besonders in der dritten Stunde geringer ist, und mit kleinen Summen schon verhältnismässig grosse Erhöhungen erzielt werden können. Dazu kommt, dass schon das Gerücht, eine Grossbank habe Käufe vorgenommen, an der Börse genügt, um den Kurs eines Papieres zu heben. Dass in Wahrheit die Käufe der Banken nicht sehr bedeutend sind, unterliegt keinem Zweifel. Selbst an den Tagen der panikartigen Rückgänge sollen diejenigen Banken und Bankfirmen, die sich zu einer Intervention vereint haben, wie mir von einer anscheinend gut unterrichteten Seite erzählt wird, Effekten im Betrage von insgesamt nur etwa 4 Millionen ℳ aufgenommen haben. Diese Summe verteilt sich jedoch auf etwa zehn Institute, so dass für jede einzelne Bank das Risiko nicht sehr gross gewesen sein kann, wenn auch jede Bank noch für eigene Rechnung durch Kompensation der von der Kundschaft eingetroffenen Aufträge Effekten übernommen hat.

* *
*

Der Kassa-Industriemarkt lag schwächer als die Terminmärkte. Die niedrigsten Kurse des Monats Oktober, denen, wie bekannt, bald eine Reaktion folgte, sind zwar im allgemeinen noch nicht wieder erreicht worden; aber eine grössere Zahl von Werten notiert doch bereits nicht mehr viel höher als am 12. oder 14. Oktober, jenen Tagen, an denen die panikartigen Rückgänge eintraten. Meistens sinken jetzt diejenigen Papiere am stärksten im Kurse, die zur Zeit der letzten Hausse die grössten Steigerungen erfahren haben. Gründe sachlicher Natur spielen fast niemals eine Rolle. Während sonst in der gegenwärtigen Jahreszeit Dividendenschätzungen in sehr zahlreichem Umfange auftreten, soweit es sich um Gesell-

schaften handelt, die mit dem Jahresschluss ihr Geschäftsjahr beenden, beschäftigt sich die Börse in diesem Jahre mit den voraussichtlichen Erträgnissen sehr wenig. Sie geht hierbei von der offenbar richtigen Erwägung aus, dass die Gesellschaften ihre Dividenden nach der politischen Situation bemessen werden, die zur Zeit der Abschlussveröffentlichung vorherrschen wird. Selbst wenn der politische Horizont wieder klar ist, wird es aber auch darauf ankommen, ob sich Anzeichen eines Konjunkturrückschlages bereits bemerkbar machen. Diese sind vorläufig noch recht schwach; nur vom Stabeisenmarkte sind bisher Preisunterbietungen gemeldet worden. Es macht jedoch den Eindruck, dass die Werke, um eine Abnahme der Nachfrage von seiten der Händler nach Möglichkeit zu vermeiden, die Lage der Industrie günstiger darstellen, als sie tatsächist. Vor jedem industriellen Rückgang haben wir günstige Nachrichten zu hören bekommen, die sich dann als falsch erwiesen haben. Soweit jetzt Dividendenschätzungen in Umlauf gesetzt werden, wird man diese mit besonderer Zurückhaltung aufnehmen müssen. Nur ein unsolide geleitetes Unternehmen wird, selbst bei höheren Gewinnen, die Dividende erheblich steigern, wenn im Frühjahr des nächsten Jahres bereits ein Rückgang der Erträgnisse eingetreten sein sollte. Soweit bisher Aeusserungen der Verwaltungen vorliegen, halten sich die Schätzungen ungefähr in der Höhe der vorjährigen Ziffern. Der Geschäftsgang wird vielfach als günstig bezeichnet, andererseits aber auch auf die gestiegenen Rohmaterialpreise hingewiesen. Freilich liegt bisher nur eine geringe Anzahl von offiziellen Erklärungen vor, so dass man ein abschliessendes Urteil noch nicht erlangen kann.

* * *

Einen recht ungünstigen Abschluss haben die Rositzer Braunkohlenwerke veröffentlicht. Es hatte niemand etwas anderes erwartet; waren doch in den letzten Monaten mehrfach Mitteilungen über die ungünstige Geschäftslage im Meuselwitzer Revier veröffentlicht worden, und die Verwaltung hatte bereits auf einen Rückgang der Dividende vorbereitet. Aber der Geschäftsbericht zeigt, dass das Unternehmen selbst die geringe Dividende von 3 % (gegen 5 % i. V.) nur ausschütten konnte, weil es zu einem grossen Teile hierzu diejenige Summe benutzte, die es für die abgebrannte Brikettfabrik in Rositz von der Feuerversicherung-Gesellschaft erhalten hat. Es ist eine merkwürdige, aber gewiss nicht solide Politik, aus solchen Einnahmen Dividenden zu verteilen, zumal eine abgebrannte Fabrik wieder errichtet werden muss und hierdurch sich die Anlagen erhöhen. Diese haben bei dem Unternehmen überhaupt einen recht grossen Umfang angenommen; im Geschäftsbericht wird (freilich nicht immer mit sehr klaren Worten) zugegeben, dass ein sehr wesentlicher Teil der Betriebe veraltet und unrentabel gewesen ist und das Unternehmen daher Neubauten vornimmt. Es wird fortgesetzt neues Geld in das Unternehmen hineingesteckt, wodurch auch die Schulden beträchtlich gewachsen sind, so dass der Bankkredit am 30. Juni 1912 bereits die Höhe von 7,737 Millionen ℳ erreichte. Auch die G. m. b. H. „Herzogin Adelheid“, deren Anteile sich im Besitze der Rositzer Braunkohlenwerke befinden, die aber von Rositz viel zu teuer erworben worden sind, muss Neubauten vornehmen, weil die bisherigen Anlagen, wie die Gesellschaft selbst zugibt, nicht rentabel sind. Selten hat man bei einem Unternehmen mit so grosser Sicherheit voraussagen können, dass eine finanzielle Rekonstruktion in absehbarer Zeit nicht ausbleiben kann, wie bei den Rositzer Braunkohlenwerken. Verfällt das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat der Auflösung, dann wird diese Sanierung bald eintreten müssen; aber auch im Falle einer Erneuerung kann sie nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Bruno Buchwald.

Umschau.

Rostocker Sünden. Die Rostocker Bank, die im vorigen Jahr mit ihrer Dividende von 7 auf 4% heruntergegangen war, und die damals infolge der Uebernahme eines grossen Postens der Aktien der Mecklenburg-Strelitz'schen Hypotheken-Aktienbank und sonstiger leichtsinniger Taten ihrer Direktion in der Weise saniert werden musste, dass die Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank 1 Million ℳ Vorzugsaktien übernahm, erklärt, dass sie für das nächste Jahr keine Dividende verteilen werde. Aus den Blättermeldungen geht nicht hervor, ob etwa auch die Vorzugsaktien dividendenlos bleiben werden, aber man darf wohl annehmen, dass die Sanitätsrätin vom vorigen Jahre, die Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, die ihr zugesagten 5 % Vorzugsdividenden auf 1 Million ℳ Vorzugs-Aktien in Höhe von 50 000 ℳ erhalten dürfte. Weshalb man in diesem Jahre keine Dividende verteilen kann, geht klar aus einem Communiqué des Instituts hervor, in dem angegeben wurde, dass irgend welche neuen Verluste im laufenden Jahre nicht eingetreten seien. Das Institut wäre daher in der Lage, auch für die Stammaktien, die Dividende des Vorjahres aufrechtzuerhalten. Aber man hält es für notwendig, die Bank liquider zu machen und — das wird nicht ganz genau gesagt, kann aber zwischen den Zeilen aller Veröffentlichungen deutlich gelesen werden — für weitere Abschreibungen Geld freizubekommen. Da ist es nun zunächst nicht uninteressant, festzustellen, dass noch am 6. August der Berliner Lokal-Anzeiger eine Erklärung der Direktion des Institutes veröffentlichte, der zufolge „infolge der durchgemachten Krisis das geschäftliche Ergebnis des ersten Halbjahres hinter dem gleichen Zeitabschnitt des vorigen Jahres zwar zurückgeblieben sei. Es sei aber immerhin befriedigend.“ In der Veröffentlichung des Lokal-Anzeigers heisst es dann weiter: „Der Vorstand spricht zugleich die Hoffnung aus, dass auch das zweite Semester einen angemessenen Gewinn erbringen werde. Die Verwaltung sei bemüht, das Unternehmen auf eine gesunde Basis zu stellen.“ In dem Jahre waren für rund 250 000 ℳ abgeschrieben worden und es blieb dann ein

Reingewinn von rund 260 000 ℳ. Wenn wir die notwendigen 50 000 ℳ zur Zahlung der Dividende auf die Vorzugsaktien in Abzug bringen, so hätte man doch nach den Angaben der Direktion noch damit rechnen müssen, dass ungefähr 300 000 ℳ verdient und zu Abschreibungen verwendet seien. Dazu kommt aber weiter, dass nach einer Mitteilung der Vossischen Zeitung vom 2. August dieses Jahres fast sämtliche Mitglieder des alten Aufsichtrates der Rostocker Bank die Regressansprüche, die von der Verwaltung an sie gestellt worden sind, durch Zahlung anerkannt haben sollen. Die Höhe dieser Regressansprüche hat man bisher niemals erfahren. Nur im Berliner Tageblatt ist eine Notiz zu lesen, nach welcher gegen den früheren Aufsichtsratvorsitzenden und den früheren Direktor Weber Regressansprüche in Höhe von 810 000 ℳ geltend gemacht worden seien und dass ausserdem noch ein Prozess gegen Weber in Höhe von 70 000 ℳ beim Landgericht in Rostock schwebe. Der frühere Aufsichtratsvorsitzende und der frühere Direktor scheinen jedenfalls noch nicht „die Regressansprüche durch Zahlung anerkannt" zu haben. Denn es ist doch wohl kaum anzunehmen, dass die Aktionäre auch dann noch dividendenlos hätten bleiben müssen, wenn Zahlungen von diesen beiden Herren auf dem Regresswege eingegangen wären. Was haben denn nun aber eigentlich die übrigen Aufsichtratsmitglieder gezahlt. Entweder ist diese Summe unerheblich, wie sie bei der Schwere der Verfehlung jenes Aufsichtrates nicht hätte sein dürfen oder die Summe ist ausreichend gewesen. Dann ist es wieder unverständlich, dass der diesjährige Gewinn der Bank und eine erhebliche Regresssumme nicht genügen sollte, eine Dividende an die Aktionäre der Bank zu zahlen. Es sei denn, man müsste annehmen, dass die böse Presse wieder einmal Recht gehabt hat, als sie noch anlässlich der letzten Generalversammlung des Instituts erklärte, dass die Aktionäre auch von der neuen Verwaltung gröblich hinter das Licht geführt worden sind. Diese Annahme scheint in der Tat die einzig berechtigte zu sein. Ich habe am 2. März d. J. im „Plutus" (S. 162 ff.) bereits darauf hingewiesen, dass für das Jahr 1910 seitens der alten Direktion der Rostocker Bank eine falsche Bilanz und ein falsches Gewinn- und Verlust-Konto veröffentlicht worden ist. Ich führte damals aus, dass man sich schliesslich aber mit dieser Tatsache abfinden könnte, wenn man wenigstens der Annahme sein dürfte, dass die nunmehr zur Reparierung des angerichteten Schadens vorgenommenen Abschreibungen genügen. Ich sagte damals wörtlich: „Genügen wenigstens nun die Abschreibungen? Auf diese Frage muss man leider mit nein antworten. Die Dividende auf das Aktienkapital der Rostocker Bank im Nominalwert von 5 Millionen Mark wird um 3%, d. h. um 150 000 ℳ, gekürzt. Das bedeutet knapp 8% auf den Besitz an Strelitzer Bankaktien. Nun gehen die Lesarten, zu welchem Kurse jene Aktien erworben wurden, auseinander. Der niedrigste Kurs, der genannt wird, ist aber 115%. Legen wir ihn zugrunde, so würden 150 000 ℳ genügen, um den Besitz auf 107% herunterzuschreiben. Die Aktien der Strelitzerin notieren an der Börse 106%. Aber dieser Kurs ist ja nicht echt, da, wie wir durch die Veröffentlichungen der Rostocker Bank selbst erfahren, nahezu 2 Millionen Mark, also etwa die Hälfte des Aktienkapitals, in einer Hand eingesperrt sind. Wie unter diesen Umständen die Bankverwaltung es überhaupt fertig bringt, eine Dividendenzahlung vorzuschlagen, bleibt unbegreiflich". Man dürfte erwarten, dass in der Generalversammlung wenigstens zur Beruhigung der Aktionäre diejenigen Auskünfte erteilt wurden, die notwendig waren, um zu beurteilen, ob und inwieweit die vorgenommenen Abschreibungen auf die Mecklenburg - Strelitzschen Hypothekenbank - Aktien genügten. Eine solche Mitteilung ist aber nicht ergangen. Statt dessen musste ich im „Plutus" vom 30. März (S. 259) mitteilen, dass die Direktion nach den vorliegenden Zeitungberichten lediglich geanwortet habe: „Die Aktien seien zu einem höheren Kurs erworben, als zu dem sie von der Verwaltung der Rostocker Bank in die Bilanz eingestellt worden sind. Den Erwerbskurs mitzuteilen, müsse die Verwaltung ablehnen, könne aber wiederholen, dass mehr abgeschrieben worden ist, als notwendig war." Ich führte damals aus: „Diese Antwort heisst nicht mehr und nicht weniger, als dass die Bankdirektion ihren Aktionären die Auskunft über die wichtigste und berechtigste Frage, die überhaupt zu stellen war, verweigert hat. Die Kenntnis des Uebernahmekurses ist überaus wichtig, weil davon die Höhe der notwendigen Abschreibungen abhängt, und weil man erst nach Kenntnis dieses Kurses beurteilen kann, ob denn die Sanierung, die jetzt vorgenommen worden ist, wirklich so durchgreifend ist, dass die Aktionäre auf eine regelmässige Dividende rechnen können." Durch die Dividendenlosigkeit der Rostocker Bank stellt sich zweierlei heraus: erstens hatte ich mit meiner Angabe, dass die Abschreibungen auch nicht annähernd genügen, recht. Man hat zu wenig abgeschrieben. Es stellt sich jetzt heraus, dass in der Generalversammlung vom März 1912 den Aktionären eine falsche Antwort gegeben worden ist. Dabei muss man berücksichtigen, dass die Aktien der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank, als ich meinen ersten Artikel im „Plutus" schrieb, wenigstens noch 106 notierten, dass sie heute an den Börsen aber nur $99\frac{1}{2}$% notieren und dass ja auch dieser Kurs noch nicht einmal echt ist. Denn wie ich in der oben zitierten Stelle im „Plutus" ausführlich auseinandersetzte, befindet sich die Hälfte des Aktienkapitals der Mecklenburg-Strelitzschen Hypotheken - Bank in der Hand des Rostocker Institus. Mithin ist an eine Realisierung eines grossen Postens von Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbankaktien zum augenblicklichen Börsenkurse natürlich gar nicht zu denken. Ich kann nur nochmals betonen, was ich früher schon sagte, dass man es heute dankbar begrüssen würde, wenn seinerzeit der Staatsanwalt sich der Angelegenheit angenommen hätte. So aber hat man nicht nur straflos die Aktionäre durch Verfehlungen der alten Direktion hintergehen lassen und hinterher hat man sie noch durch die absolut unberechtigte Dividendenausschüttung des vorigen Jahres in ihrem Zorne über die Generalversammlung besänftigt, um nur ja zu verhüten, dass die Schuldigen der verdienten Strafe entgegengeführt werden. Die Geschichte der Rostocker Bank ist eins der traurigsten Kapitel unseres Aktienwesens. Aber gleichzeitig eins der lehrreichsten.

Die Hypotheken des Dr. Mancke. Im 42. Heft des Plutus (S. 822) habe ich die Mitteilung gemacht, dass auf dem Hause Weissenburgerstr. 29 zu Berlin, das am 12. November 1912 in Berlin-Mitte versteigert werden soll und Herrn Dr. Walther Mancke, dem Herausgeber der Bank- und Handels-Zeitung gehört, zur 5. Stelle eine Hypothek über 12 000 ℳ für die Direction der Disconto-Gesellschaft, zur 8. Stelle eine Hypothek der Deutschen Bank und zur 9. Stelle eine Hypothek der Allgemeinen Revisions- und Verwaltung-Gesellschaft] zu Berlin eingetragen ist. Ich teilte damals mit, dass die Hypothek der Deutschen Bank über 5000 ℳ lautet und mit 295 800 ℳ ausläuft. Das ist an sich richtig. Ich übersah dabei aber, dass bereits vorher und auslaufend mit 287 000 ℳ noch eine Hypothek der Deutschen Bank in Höhe von 5000 ℳ eingetragen war. Die Deutsche Bank hat mithin 10 000 ℳ Hypotheken auf dem Hause des Herrn Dr. Mancke an einer Stelle eintragen lassen, an der von irgendeiner Sicherheit gar keine Rede sein kann. Jedoch die Tatsache an sich würde mich nicht veranlassen, noch einmal auf die Angelegenheit zurückzukommen. Denn ob Dr. Mancke 5000 oder 10 000 ℳ als Bequemlichkeitgelder von der Deutschen Bank gegeben worden sind, darauf kommt es wirklich nicht so an. Allein bei Einsicht der Grundbuchakten hat sich eine andere recht interessante Tatsache ergeben. Ich habe mir nämlich die Mühe gemacht, festzustellen, wann die einzelnen Darlehne an Herrn Dr. Mancke seitens der Banken gegeben worden sind. Das war namentlich deshalb von Wichtigkeit, weil Herr Dr. Mancke es so dargestellt hat, als ob die von ihm empfangenen Bequemlichkeitgelder (unter anderem auch das ominöse Kuvert von der Commerz- und von der alten Berliner Bank, der Vorgängerin der Commerz- und Disconto-Bank) von ihm vor Inkrafttreten des Börsengesetzes, also zu einer Zeit empfangen waren, in der, wie Herr Dr. Mancke es darzustellen beliebte, auch bei anständigen Journalisten es durchaus üblich gewesen sei, Beteiligungen seitens der Banken oder Darlehen von ihnen anzunehmen. Nun zeigt aber das Grundbuch des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Band 83, Blatt 2480, auf dem das Manckesche Grundstück Weissenburgerstr. 29 verzeichnet steht, folgende Reihenfolge.

23. Januar 1903 5000 ℳ Darlehen von der Disconto-Gesellschaft,
10. März 1906 4000 ℳ Darlehen von der Disconto-Gesellschaft,
7. September 1906 3000 ℳ Darlehen von der Disconto-Gesellschaft,
10. Dezember 1906 5000 ℳ Darlehen von der Deutschen Bank,
6. August 1910 5000 ℳ Darlehen von der Deutschen Bank,
9. Februar 1911 5000 ℳ Darlehen von der Allgemeinen Revisions- und Verwaltung-Gesellschaft.

Herr Dr. Mancke hat also nicht nur noch lange nach dem Jahre 1896 Gelder von den Banken empfangen, sondern hat sogar noch am 6. August 1910 und am 9. Februar 1911, d. h. also nachdem bereits die öffentliche Verhandlung im Prozess Bernhard c/a. Mancke stattgefunden hat, neue Darlehne aufgenommen. Das geschah zu einer Zeit, zu der Herr Dr. Mancke mit Entrüstung sich dagegen gewehrt, dass man ihm irgendwelche Vorwürfe in bezug auf die journalistische Ehre zu machen wage. Besonders interessant an der Sache ist mir aber auch hier wieder nicht so sehr, dass Herr Dr. Mancke diese Gelder nahm, als dass die Deutsche Bank z. B. Herrn Dr. Mancke noch Gelder gewährte, nachdem einer ihrer Prokuristen ausgesagt hatte, dass er nichts Nachteiliges über Herrn Dr. Mancke zu sagen wisse. Ich zweifele nicht einen Augenblick an der Richtigkeit dieser Aussage. Ich kann nur annehmen, dass der betreffende Herr über die Geschäfte der Hypothekenabteilung der Bank mit Herrn Dr. Mancke nicht unterrichtet war. Aber deshalb bringe ich eben die Tatsache schon jetzt zur öffentlichen Kenntnis, damit der betreffende Zeuge, der natürlich auch nach dem Ursprung dieser Darlehen vor Gericht gefragt werden wird, sich rechtzeitig danach erkundigen kann. Wie denken übrigens diejenigen Kollegen, die im journalistischen Beirat des Börsenvorstandes und des Ehrengerichts der berliner Börse sitzen, über die Verquickung von Schornsteinhypotheken mit journalistischer Tätigkeit?

Die Dreimonatsfrist. Der Buchhalter der Bayerischen Notenbank, Herr Z o b e l - München, schreibt: „Gestatten Sie mir, mich auch zu der Frage, „ob ein am 30. April 1912 ausgestellter, am 5. Aug. d. J. fälliger Wechsel zur Zahlung der doppelten Steuer verpflichtet“, unmassgeblichst äussern zu dürfen. Es wundert mich tatsächlich, dass eine Gesetzesstelle, die seit ihrem Inkrafttreten, d. i. seit 5. Juli 1909, in unzähligen Fällen praktisch Anwendung finden musste, heute noch solche so verschiedene Auslegungen zulassen kann, wie sie in Heft 43 des Plutus Erwähnung gefunden haben. In dem strittigen Falle handelt es sich nicht um einen Wechsel, der mit dem Ablauf einer bestimmten Frist nach dato oder nach Sicht zahlbar ist, sondern um einen solchen, in dem ein b e s t i m m t e r Tag als Zahlungtag bezeichnet ist. Die Erörterungen in Ihrem Blatt nehmen vielfach Bezug auf § 1 der Ausführungbestimmungen zum Wechselstempelgesetz. Meines Erachtens hat dieser Fall hier vollständig auszuscheiden, liegt doch ein Wechsel vor mit einem bestimmten Zahlungtage. Wenn ich nun eine Gesetzesbestimmung wiederhole, deren allerdings schon öfters in dieser Kontroverse Erwähnung getan wurde, so geschieht es, um einer einfachen und überzeugenden Auslegung den Weg zu ebnen. § 3 Absatz 2 des Stempelgesetzes lautet: „Tritt die Verfallzeit eines auf einen bestimmten Zahlungtag . . . . gestellten Wechsels später als d r e i M o n a t e n a c h d e m A u s s t e l l u n g t a g e ein, so ist auf die Zeit bis zum Verfalltage . . . . eine weitere Abgabe . . . . zu entrichten.“ D r e i M o n a t e n a c h d e m A u s s t e l l u n g t a g e! Das ist für jeden, der in Wechselangelegenheiten Erfahrung besitzt, ein so klarer und präziser Ausdruck, dass darüber, wann dieser Zeitpunkt eintritt, nicht der geringste Zweifel besteht. Der Zeitraum bei Berechnung „einer Frist nach dem Ausstellungtage“ beginnt bekanntlich mit dem Ausstellungtage: 30. April — 30. Mai — 30. Juni — 30. Juli: bis hierher gehen die vom Gesetz vorgesehenen drei Monate nach dem Ausstellungtage. Weiter: 31. Juli = erster Tag + 5 Tage im August gibt 6 Tage Ueberschreitung der „drei Monate nach dem Ausstellungtage“, während

nach dem Gesetz nur eine fünftägige Ueberschreitung von der Doppelbesteuerung der Wechsel befreit ist. Die Auffassung der Reichsbank ist somit richtig."

* * *

Der Bankbeamte Herr Paul Plessner-Erfurt schreibt: „Mit grossem Interesse habe ich in Ihrer Zeitschrift die Streitfrage, betr. doppelte Verstempelung von Wechseln, gelesen. Auch ich war früher der Ansicht, dass ein Wechsel, um bei Ihrem Beispiel zu bleiben, mit der Laufzeit 30. April bis 5. August einfach verstempelt werden müsste, doch wurde ich, als ich mich an die Zoll- und Steuerbehörde wandte zwecks Entscheidung auf Artikel 32 Abs. 2 der Wechselordnung hingewiesen. Art. 32 Abs. 2 sagt nämlich: Bei Wechseln, welche mit dem Ablaufe einer bestimmten Frist nach Sicht oder nach dato zahlbar sind, tritt die Verfallzeit ein, wenn die Frist nach Wochen, Monaten oder einem mehrere Monate umfassenden Zeitraume (Jahr, halbes Jahr, Vierteljahr, bestimmt ist, an demjenigen Tage der Zahlungwoche oder des Zahlungmonats, der durch seine Benennung oder Zahl dem Tage der Ausstellung oder Präsentation entspricht; fehlt dieser Tag in dem Zahlungmonate, so tritt die Verfallzeit am letzten Tage des Zahlungmonats ein. Folglich ist ein Wechsel, der z. B. am 30. April ausgestellt ist und drei Monate nach dato fällig ist, nicht am 31. Juli, sondern am 30. Juli fällig. Vom 30. Juli fünf Tage gerechnet, ergibt den 4. August. Es ist nun laut damaliger Erklärung der Steuerbehörde ein Wechsel mit der Laufzeit 30. April bis 5. August doppelt zu verstempeln, da die Steuerbehörde die dreimonatige Frist nach Art. 32 Abs. 2 feststellt. Ich bitte Sie höfl., diese Angelegenheit von dem hier geschilderten Standpunkte aus einer Betrachtung zu unterwerfen."

* * *

Ich kann nur nochmals wiederholen, was ich bereits in meinen früheren Auseinandersetzungen ausdrücklich betont habe: Nimmt man an, dass der 30. April vom Wechselaussteller in demselben Sinne gemeint worden ist, als der 24., der 23., der 26. oder der 27. April, nämlich als irgend einen bestimmten Tag im Monat, so ist die Praxis der Steuerbehörden durchaus richtig. Dann würde nämlich nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Wechselordnung in der Tat ein Wechsel, der am 5. August fällig ist, 6 Tage über den 30. August hinauslaufen, also nachzustempeln sein. Ich bin aber im Gegensatz zu dieser Auffassung der Ansicht, dass der 30. April nicht als Tag gemeint ist, sondern vielmehr als der Ultimo April. Dann lauft die Dreimonatsfrist vom Ultimo April über den Ultimo Mai und Ultimo Juni bis zum Ultimo Juli, das heisst, bis zum 31. Juli, sodass dann der 5. August nur 5 Tage über den Ablauf des Dreimonatstermins hinausragt, mithin der Wechsel nicht zu verstempeln ist. Die dem entgegengesetzte Auffassung der Steuerbehörde scheint mir allzu formalistisch. Es wäre zweifellos nicht uninteressant, wenn jemand einmal prinzipiell diese Streitfrage zur Entscheidung brächte. In jedem Fall erscheint es mir doch ganz unzweifelhaft, dass bereits heute, wenn — was ja durchaus statthaft ist — das Ausstellungdatum nicht 30. April lautete, sondern Ultimo April die Dreimonatsfrist in der von mir angegebenen Weise berechnet werden müsste.

Gedanken über den Geldmarkt.

Die Störung der monetären Funktionen durch den Balkankrieg greift leider mit jeder Woche weiter um sich und hat speziell die grossen westlichen Plätze, London und Paris, schon vollkommen in ihren Bann gezogen. Das massgebende Ereignis der letzten Woche ist die Diskonterhöhung der Bank von Frankreich von $3\frac{1}{2}$ auf 4%, die, obgleich wiederum durch ungünstige Verschiebungen in den französischen Marktverhältnissen motiviert, doch lediglich als Produkt der bisherigen politischen Geschehnisse und als Vorbeugungmassregel für etwa kommende angesehen werden muss. Gewiss sind in London und Paris Veränderungen eingetreten, welche die Ansprüche an die Notenbanken erheblich gesteigert haben, diese Veränderungen sind aber zweifellos aus der kritischen Gestaltung der Weltlage herzuleiten.

An beiden Plätzen haben seit kurzer Zeit die freien Diskontmärkte zu funktionieren fast aufgehört; die grossen Wechselkonsumenten, in London die Clearingbanken, in Paris die grossen Aktienbanken, die Eisenbahn- und Versicherunggesellschaften, haben ihre Käufe so gut wie eingestellt, und damit das Material in grossem Umfange zu dem Zentral-Noteninstitut gedrängt. Dies wiegt um so schwerer, als wir uns in einer Jahreszeit befinden, die durch die Mobilisierung der grossen überseeischen Ernten den europäischen Märkten ohnehin bedeutend stärkeres Wechselmaterial bringt. Es bestehen vorläufig keinerlei Anzeichen dafür, dass jene Scheu der Banken vor einer Festlegung ihrer Mittel durch gesteigerte Ansprüche der Depositengläubiger, wie sie z. B. im vorigen Jahre während der Marokko-Krisis in Frankreich zu konstatieren war, hervorgerufen werde, aber es ist jedenfalls klar zu erkennen, dass die Banken ihre Dispositionen auf solch eine Eventualität hin in weitestem Umfange treffen. Wäre das Vertrauen bei der Leitung der grossen Staatsinstitute in die Entwicklung der politischen Lage nun gefestigt genug, um den kommenden Ereignissen in Ruhe zuzusehen, so würden sie es vielleicht vermeiden, der Nervosität der freien Märkte zu folgen; die Verhältnisse scheinen aber zu einer zuversichtlichen Beurteilung noch keine Berechtigung zu geben, ja, man muss aus dem Vorgehen der Banque de France vielleicht sogar herauslesen, dass sie ernst genug sind, um besondere Vorsichtsmassregeln herauszufordern.

Unter diesem Gesichtspunkt hat man die Diskonterhöhung in Paris zu betrachten, und aus dem gleichen Zusammenhang heraus wird man mit der Möglichkeit einer weiteren Erhöhung der londoner Rate rechnen müssen, wenn nicht Kriegsereignisse oder diplomatische Verhandlungen plötzlich einen kräftigen Umschwung herbeiführen. Der französische Bankausweis, der bei dem Erhöhungbeschluss vorgelegen hat, zeigt die Spuren der monetären Impotenz des freien Marktes in Paris recht erheblich, indem die Bank ihr Portefeuille um 340 000 000 Francs wachsen sah; er zeigt ferner die Tendenz des Verkehrs für Verstärkung der Barmittel in einer Zunahme des Notenumlaufs um nicht weniger als 267 000 000 Frcs. Diese Ziffern übersteigen die entsprechenden im Vorjahr ganz bedeutend und sind zweifellos Symptome alarmieren-

Plutus-Merktafel.

n notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Freitag, 8. November $4^5/_8$ %	Düsseldorfer Börse.— Ironmonger-Bericht. *Südafrikanische Goldminenausweise. — Transvaal Chamber of Mines. — G.-V.:* Baroper Maschinenbau-Ges., Sächsische Webstuhlfabrik,GasmotorenfabrikDeutz, Spinnerei u. Weberei Hüttenheim-Benfeld, Berlinische Lebensversicherungs-Ges.
Sonnabend, 9. November $4^3/_8$ %	Bankausweis New York. — *Reichsbankausweis. — G.-V.:* Phönix Bergbau- u. Hütten-Ges., Gummiwerke Voigt & Winde, Schlossfabrik Schulte, Gebr. Heyl Akt.-Ges. Charlottenburg, Victoria-Brauerei Bochum, Moritz Ribbert Akt.-Ges. — Zusammenlegungfrist Ges. f. Elektrotechn. Unternehmungen, Schluss des Bezugsrechts Aktien Sächsisch-Böhmische Portland-Cementfabrik.
Montag, 11. November $4^3/_8$ %	Essener Börse. — *G.-V.:* H. Fuchs Waggonfabrik Heidelberg, Eisenwerke Gaggenau.
Dienstag, 12. November $4^1/_2$ %	Düsseldorfer Börse. — Prämienerklärung Brüssel. — *G.-V.:* Berliner Elektrizitätswerke, Cöln-Müsener Bergwerks-Verein, Hessisch-Rheinischer Bergbau-Verein, Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Schwelmer Eisenwerk, Maschinenbau-Akt.-Ges. Humboldt, Luther Maschinenfabrik und Mühlenbau.
Mittwoch, 13. November $4^1/_2$ %	Reports Brüssel. — *Deutschlands Branntwein- und Zuckerstatistik. — Dekadenausweis Luxemburgische Prinz Heinrichbahn. — G.-V.:* Tempelhofer Feld-Aktien-Ges. f. Grundstücksverwertung, Sächsische Maschinenfabrik Hartmann. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Meggener Walzwerk, Bezugsrechts Aktien Bochumer Verein.
Donnerstag, 14. November $4^1/_2$ %	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Prämienerklärung Paris. — *G.-V.:* Brasilianische Bank f. Deutschland, Rositzer Braunkohlenwerke, Maschinenfabrik Banning, Ver. Chemische Fabriken Leopoldshall, Akt.-Ges. f. Bürstenindustrie Roegner, Dukas & Co.
Freitag, 15. November $4^1/_2$ %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Medioliquidation Paris, Zahltag Brüssel. — *Dekadenausweis Franzosen, Lombarden. — G.-V.:* Chemische Werke Dr. H. Byk. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Braunkohlen-Akt.-Ges. Vereinsglück, Glückauf Akt.-Ges. f. Braunkohlenverwertung.
Sonnabend, 16. November $4^1/_2$ %	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Lothringer Eisenwerke, Rolandshütte, Oberbilker Stahlwerk C. Poensgen, Giesberts & Co., Weyersberg, Kirschbaum & Co., Panzer-Akt.-Ges., Akt.-Ges. f. Fabrikation von Eisenbahnmaterial Görlitz, Ver. Mosaikplattenwerke Friedland-Sinzig, Pressspanfabrik Untersachsenfeld, Schlesische Cellulose- und Papierfabriken, Moore-Licht.
	Ausserdem zu achten auf: Geschäftsberichte der Brauereien. Zulassunganträge (in Mill. M.): Berlin: 3,3 Aktien Ernst Schiess Werkzeugmaschinenfabrik, 4 4½ % Obl. Elektrizitätswerk Südwest. Frankfurt a. M.: 1,3 Aktien Sektkellerei Feist & Sn., 2,95 4 % Hyp.-Anl. Bergische Kleinbahnen. Stuttgart: 2,25 Aktien Württembergische Metallwarenfabriken. Hamburg: 1,5 Aktien Presshefefabrik Helbing. Verlosungen: 14. November: 5% Russische Reichs-Adels-Agrarbank, Prämien-Pfandbriefe (1889). 15. November: 2% Brüsseler 100 Frcs. (1905), 3% Crédit foncier Egyptien Obl. (1886, 1903), Freiburger 15 Frcs. (1861, 1902), Holländische 15 Gld. (1904), 2% Lütticher 100 Frcs. (1905), 4% Neapeler 250 Lire (1871), 3% Oesterreichische Allg. Bodencredit-Anstalt 100 Gld. Präm.-Pfandbr. (1880), Ungarische 100 Gld. (1870), 4% Ungar. Hypothekenbank Präm.-Oblig. (1884).

[1]) **Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.**

den Charakters. Immerhin ist der Gesamtausweis keineswegs so ungünstig, dass sich aus der Gestaltung des Status allein schon die Notwendigkeit für eine Diskonterhöhung ergeben hätte. Man muss eben annehmen, dass die Leitung aus der Beurteilung der Gesamtlage heraus sich genötigt gesehen hat, jene besonderen Vorsichtmassregeln zu treffen.

In London liegen die Verhältnisse nicht ganz so ungünstig, zeigen aber leider die Tendenz zu einer ähnlichen Entwicklung der Dinge; auch hier erfüllt der private Diskontmarkt seine regelmässigen Funktionen nur recht mangelhaft, und ein erheblicher Teil des Wechselmaterials musste sich zeitweise an die Bank von England wenden. Es ist kaum zu bezweifeln, dass eine längere Andauer dieses Zustandes die Leiter der Bank zu erneuten Abwehrmassregeln treiben müsste, da das Portefeuille ohnehin schon den Umfang früherer Jahre ganz erheblich übersteigt. Hieran dürfte auch die Tatsache nichts ändern, dass die Goldbewegung sich für das Institut nicht weiter verschlechtert hat, ihm vielmehr in der letzten Zeit gestattet, die Ansprüche von aussen her durch Eingänge von Produktionsgold und Rückflüsse aus dem Inlandsverkehr nahezu zu kompensieren. In diesem Punkt ergeben sich also im Moment keine Bedenken, es darf aber nicht vergessen werden, dass die kommenden Wochen noch ganz bedeutende überseeische Ansprüche bringen müssen, speziell von Süd-Amerika her, wo in der letzten Zeit Brasilien, mehr als erwartet werden konnte, als Reflektant aufgetreten ist. Die Gründe für die Steigerung der Entnahmen von dieser Seite aus sind nicht ganz klar, da in den dortigen Hauptexportartikeln, Kaffee und Gummi, keine besondere Erhöhung der Ausfuhr eingetreten ist. Aber gerade dieser ungeklärte Charakter der Goldbezüge von dort her macht eine vorsichtigere Beurteilung zur Notwendigkeit. Im ganzen genommen wird die Frage einer weiteren londoner Diskonterhöhung aber von der Gestaltung der politischen Lage entschieden werden; durch Auszahlung von Coupons und Dividenden hat die Anspannung im Tagesgeldmarkt neuerdings etwas nachgelassen, so dass eine unmittelbare Er-

höhung des Satzes vielleicht nicht erforderlich ist, wie gesagt, werden aber hier mehr die politischen Verhältnisse als sachliche Faktoren das entscheidende Wort sprechen.

Es fragt sich nun, ob und wann die deutsche Reichsbank genötigt sein würde, der Bank von England wieder Gefolgschaft zu leisten. Im Gegensatz zu London und Paris verharrt der deutsche freie Markt weiter in überraschender Widerstandsfähigkeit. Der Ultimo hat den Anlagekonten der Reichsbank eine wesentlich geringere Belastung zugeführt als im vorigen Jahr, da der Markt imstande war, einen grossen Teil des Bedarfs aus seinen Depositenguthaben zu entnehmen. Wenn trotzdem der Ausweis eine Verschlechterung gegen 1911 zeigt, so ist das in der Hauptsache einem gesteigerten Bedarf an Umlaufmitteln zuzuschreiben, der aber keineswegs so gross ist, dass man genötigt wäre, ihn mit Ereignissen der Politik in Zusammenhang zu bringen. Es ist vielmehr anzunehmen, dass die hohen Devisenkurse schon verschiedentlich zu Goldabgaben an das Ausland, namentlich im Grenzverkehr, geführt haben und diese Verringerung von Barmitteln in der Zirkulation durch erhöhte Entnahmen bei der Reichsbank wieder ausgeglichen wurde. Auch im neuen Monat bleibt die Inanspruchnahme der Reichsbank zunächst durchaus normal und auch der offene Markt ist ziemlich leicht disponiert. Zwar zeigt der Begehr für Privatdiskonten neuerdings eine Abnahme, da die Vorgänge in London und Paris auch schliesslich auf die hiesige Bankwelt zurückwirken müssen; noch ist aber die Aufnahmefähigkeit auf diesem Gebiete gross genug, um eine erhöhte Inanspruchnahme der Reichsbank entbehrlich zu machen.

Die Verhältnisse liegen also ähnlich wie vor der letzten Diskonterhöhung, dass lediglich die Rückwirkung der Anspannung an den westlichen Märkten auf die deutsche Valuta die Bank nötigen würde, Abwehrmassregeln zu treffen. Die Steigerung der Devisenkurse hat in der letzten Woche noch weitere erhebliche Fortschritte gemacht: Scheck London ist auf 20.54, Paris auf 81.42 ca. gestiegen, trotzdem die Reichsbank dem Verkehr ganz enorme Posten Devisen zur Verfügung stellte. Neben Amerika, das von hier aus bedeutende Rimessen nach London beordert, ist neuerdings auch Brüssel als Käufer für grosse Posten der Sterling-Devise am berliner Markt aufgetreten, die teilweise zur Deckung von belgischen Schatzscheinen in London dienen müssen. Man ist hier zwar im allgemeinen der Ansicht, dass die Banken trotz des hohen Kursstandes zurzeit noch grössere Guthaben in London unterhalten, mit denen sie einer weiteren Steigerung der Valuta und grösserer Goldexporte noch einige Zeit entgegenwirken könnten, es fragt sich aber, ob man die Verhältnisse in dieser Beziehung nicht zu optimistisch beurteilt. Man muss auch weiter berücksichtigen, dass die hohe Goldprämie, die zurzeit in Paris gezahlt wird, bald zu Exporten von hier aus Veranlassung geben könnte, wenn auch der Kursstand der Devise Paris noch nicht das Niveau erreicht hat, das in früheren Zeiten zu Metallrimessen von hier aus geführt hat. Aus allen diesen Gründen wird die Reichsbank vermutlich einer neuerlichen Diskonterhöhung der Bank von England unmittelbar Gefolgschaft leisten müssen.

Justus.

Warenmarktpreise im Oktober 1912.

	1.	8.	15.	22.	29.	
Weizen New York	$103\frac{1}{2}$	$103\frac{1}{2}$	$105\frac{1}{2}$	106,—	108,—	cts. per bushel
Weizen Berlin	211,—	$209\frac{1}{2}$	211,—	212,—	$210\frac{1}{2}$	M. per Tonne
Mais Chicago	$52\frac{3}{8}$	$53\frac{1}{2}$	$53\frac{3}{8}$	$53\frac{3}{8}$	$52\frac{1}{2}$	cts. per bushel
Mais Berlin	$147\frac{1}{2}$	148,—	$152\frac{1}{4}$	152,—	$153\frac{1}{4}$	M. per Tonne
Roggen Berlin	173,—	$174\frac{1}{4}$	181,—	$181\frac{3}{4}$	$184\frac{1}{2}$	M. per Tonne
Hafer Berlin	$180\frac{3}{4}$	184,—	191,—	$188\frac{1}{2}$	188,—	M. per Tonne
Mehl Berlin	21,75	21,90	22,50	22,50	22,50	M. per dz
Rüböl Berlin	66,10	67,70	—	68,50	68,70	M. per dz
Eisen Glasgow	$67\frac{1}{2}$	66/8	$65/8\frac{1}{2}$	$66/1\frac{1}{2}$	$66/5\frac{1}{2}$	sh/d per ton
Silber London	$29\frac{1}{2}$	$29\frac{5}{8}$	$29\frac{9}{16}$	$29\frac{1}{16}$	$29\frac{3}{16}$	d per Unze
Kupfer London	$77\frac{1}{4}$	$77\frac{5}{16}$	$75\frac{1}{4}$	$75\frac{3}{8}$	$75\frac{5}{8}$	£ per ton
Zinn London	$227\frac{3}{4}$	$227\frac{1}{2}$	$225\frac{1}{2}$	$229\frac{1}{4}$	$230\frac{3}{4}$	£ per ton
Zink London	$27\frac{1}{2}$	$27\frac{5}{8}$	$27\frac{5}{8}$	$27\frac{5}{8}$	$27\frac{1}{2}$	£ per ton
Blei London	$21\frac{1}{4}$	$21\frac{1}{2}$	$21\frac{3}{8}$	$20\frac{5}{8}$	$19\frac{3}{8}$	£ per ton
Baumwolle New York	11,45	11,10	10,75	11,—	11,35	cts. per amerik. Pfd.
Baumwolle Liverpool	—	6,08	5,88	5,94	6,10	d per engl. Pfd.
Baumwolle Bremen	$64\frac{1}{4}$	$63\frac{1}{2}$	$61\frac{1}{2}$	$60\frac{1}{4}$	$60\frac{3}{4}$	Pf. per $\frac{1}{2}$ kg
Wolle Antwerpen	—	$5{,}72\frac{1}{2}$	$5{,}62\frac{1}{2}$	5,65	5,65	Fr. per kg
Zucker Hamburg	$9{,}67\frac{1}{2}$	9,85	9,65	9,25	$9{,}47\frac{1}{2}$	M. per 50 kg
Kaffee Hamburg	$69\frac{3}{4}$	$70\frac{3}{4}$	$71\frac{1}{4}$	$70\frac{1}{4}$	69,—	Pf. per $\frac{1}{2}$ kg
Petroleum Hamburg (galizisches)	9,10	9,10	9,10	9,10	9,10	M. per dz.
Salpeter Hamburg	11,05	11,05	$11{,}07\frac{1}{2}$	11,20	11,25	M. per 50 kg
Schmalz Chicago	11,15	$11{,}77\frac{1}{2}$	11,80	11,25	$10{,}57\frac{1}{2}$	Doll. per 100 Pfd.

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

G. Z. in München. Anfrage: Anbei überreiche ich Ihnen einen Ausschnitt aus den „Münchener Neuesten Nachrichten", der mir in manchen Punkten nicht verständlich ist. Ich erbitte im Briefkasten Aufklärung über diese Transaktion. — Den „Münchener Neuesten Nachrichten" wird von ihrem berliner Korrespondenten das folgende telegraphiert: „Wie ich höre, hat eine erste Grossbank heute einen Posten deutscher Wechsel für Londoner Rechnung in Pension genommen (man beziffert den Betrag auf etwa 150 000 Pfund) und diese Wechsel mit $^1/_8$% über Privatdiskontsatz diskontiert. Als Gegentransaktion kaufte die betreffende Bank einen ähnlichen Betrag Londoner Schecks an. Man erwartet weitere ähnliche Transaktionen für die nächsten Tage. Ob sich dabei die Differenz von $^1/_2$% im Privatdiskont der beiden Länder noch lange wird behaupten können, kann zweifelhaft erscheinen. Ein weiteres Fortbestehen der Spannung zwischen den beiden Privatdiskontsätzen müsste natürlich auch auf den Londoner Scheckkurs befestigend einwirken, wodurch die Wahrscheinlichkeit deutscher Goldexporte wächst. In diesem Falle, d. h. wenn Scheck London noch um einige Pfennige anzieht und den Goldpunkt erreicht, würde die Frage der Diskonterhöhung an die Reichsbank herantreten, obwohl das Institut bestrebt ist, solange als möglich einer Diskonterhöhung aus dem Wege zu gehen. Die Entscheidung über die Diskonterhöhung ruht also zurzeit hauptsächlich am Devisenmarkt."

Antwort: Gesetzt den Fall, dass in den „Münchener Neuesten Nachrichten" der Vorgang richtig geschildert worden ist, so handelt es sich um folgendes: An dem betreffenden Tage war der Privatdiskont in London 5%, während er in Berlin nur $4^1/_2$% war, d. h. für die Weitergabe feinster Wechsel musste man in London 5% zahlen, während man sie in Berlin bereits mit $4^1/_2$% unterbringen konnte. Da die betreffende londoner Bank sich also in London nur Geld mit 5% beschaffen konnte, zog sie es vor, Wechsel im Betrage von 3 000 000 ℳ in Berlin zu diskontieren. Da sie $^1/_8$% über Privatdiskont dafür zahlte, so hatte sie sich das Geld in Berlin also um $^3/_8$% billiger beschafft, als es ihr in London möglich war. Ihr durch die Diskontierung entstandenes berliner Guthaben hätte sie auf zweierlei Weise einkassieren können. Sie hätte nämlich entweder Schecks auf die Bank in Berlin ziehen und an der londoner Börse verkaufen können, oder die berliner Bank anweisen, an der berliner Börse für den Betrag ihres Guthabens Schecks auf London zu kaufen und ihr zuzuschicken. Wie aus dem Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten" hervorgeht, zog sie den letzten Weg vor. Die Folge davon war, dass vermehrte Nachfrage für Schecks auf London sich am berliner Markt zeigte, so dass deswegen die Wahrscheinlichkeit einer Steigerung der Kurse von Schecks auf London sich ergab. Wenn nun eine solche Steigerung auch nicht gleich bei der ersten derartigen Transaktion sich einzustellen braucht, so würde die Wiederholung derartiger Transaktionen in jedem Fall eine Steigerung des Kurses herbeiführen. Zu einer Vermehrung solcher Transaktionen liegt ja aber der Reiz so lange vor, als der Diskontsatz in London sich höher hält als in Berlin, so dass man eben Guthaben in London besser verwenden kann als in Berlin oder umgekehrt sich in Berlin billiger Geld machen kann als in London. Wenn nun diese sogenannte Goldarbitrage mehrfach betrieben wird und wenn dadurch schliesslich die Kurse der fremden Wechsel im allgemeinen (Devisen) oder auch von Schecks oder Wechseln auf London steigen, so liegt die Gefahr einer Schwächung des Goldbestandes der Reichsbank vor. Das hängt folgendermassen zusammen: In der Regel werden Goldsendungen in fremde Länder in der Weise erledigt, dass diejenigen, die Zahlungen an fremde Länder zu leisten haben, Wechsel auf diese Länder an den heimischen Börsen kaufen. Stellt sich das Verhältnis von Nachfrage und Angebot aber durch ein Ueberwiegen der Nachfrage so, dass die Kurse der fremden Wechsel zu hoch steigen, so gibt es einen Punkt, an dem es praktischer wird, bares Gold zu versenden, statt noch weiter Wechsel anzukaufen. Im Verkehr zwischen Deutschland und England ist der sogenannte theoretische Goldpunkt erreicht, wenn der Kurs von Schecks auf London auf 20,43 ℳ für das £ gestiegen ist. Denn infolge der verschiedenen Mischungverhältnisse des deutschen Zwanzigmarkstück und des englischen Sovereignstück enthält ein Sovereign für 43 Pfennige baren Goldes mehr als ein Zwanzigmarkstück. Man erhält also für das in London gemünzte Goldstück 20,43 ℳ, so dass es bei einem Kurse der englischen Wechsel in Berlin von über 20,43 praktischer ist, Gold zur Versendung gelangen zu lassen als Wechsel zu kaufen. Nun muss man aber hier noch berücksichtigen, dass auf der Versendung eine Reihe von Spesen liegen, wie z. B. die Auslagen für Verfrachtung, für Versicherung, die Zinsen für das Gold vom Tage des Ankaufes bis zum Tage der Ablieferung, die Courtage für den Goldverkauf in London und für den Ankauf des Gegenwertes an der londoner Börse. Diese Auslagen machen etwa 10 Pfennig aus, so dass gegenüber einem theoretischen Goldpunkt von 20.43 der praktische Goldpunkt bei 20,53 ℳ erreicht ist, d. h., wenn der Kurs von Schecks London auf über 20,54 gestiegen ist, ergibt sich ein Nutzen bei der Versendung baren Goldes gegenüber dem Ankauf von Wechseln. Der einzelne Kaufmann, der eine Forderung in London zu begleichen hat, wird nun keineswegs bares Geld schicken, sondern wird, auch wenn der Kurs für Schecks London höher steigt als 20,54 ℳ Wechsel kaufen. Aber die Tatsache, dass der Kurs so hoch steigt, zeigt, dass sehr wenig Angebot von englischen Wechseln in Berlin vorhanden ist. Die Banken, die für ihre Kundschaft Schecks auf England ausschreiben müssen, werden in solchen Fällen meist gezwungen sein, sich erst künstlich ein Guthaben in London zu verschaffen. Wenn nicht die Kurse der Effekten, die gleichzeitig an der londoner und an der berliner Börse gehandelt werden, es ermöglichen, sich vorteilhaft durch den Verkauf von Effekten in London ein Guthaben zu schaffen, so werden die Banken sich den Gegenwert gegen ihre Scheckziehungen eben dadurch zu schaffen trachten, dass sie bares Gold nach London verschiffen. Am letzten Ende können sie dieses Gold nur von der Reichsbank beziehen. Diese wird zunächst versuchen ein zu starkes Steigen der Devise London dadurch zu verhüten, dass sie aus ihrem Bestande an englischen Wechseln an der Börse möglich viel zum Verkauf bringt. Wenn ihr Bestand schliesslich erschöpft ist, so wird sie vielleicht eine Reihe kleiner Mittel anwenden. Sie ist nicht in der Lage, wie die Bank von Frankreich, (Frankreich ist bekanntlich ein bimetallistisches Land und die Bank von Frankreich ist nicht gezwungen, ihre Noten in Gold einzulösen) für die Herausgabe von Gold eine Prämie zu verlangen, durch die sie den Goldpreis verteuert und damit die Verschiffung erschwert. Aber die deutsche Reichsbank kann zunächst versuchen, Goldstücke herauszugeben, die schon etwas abgegriffen sind, die also nicht mehr denselben Gehalt an Gold haben, wie die vollwertigen Stücke. Dadurch erschwert sie natürlich die Verschiffung, weil sie künstlich den Preis für den Ankauf von Gold in Deutschland verteuert. Auf die Dauer kann sie schliesslich dieses und andere kleine Mittel nicht anwenden und mus schliesslich Gold herausgeben. Wird ihr aber viel Gold abgezogen, um es ins Ausland zu führen, so wird dadurch die Grundlage der Notendeckung angetastet, die Noten werden schlechter mit Gold gedeckt als das bisher der Fall war und sie läuft sogar Gefahr, da ja der Entzug von je 1000 ℳ

baren Goldes je 3000 umlaufender Noten deckunglos macht, schliesslich am Ende ihrer Kraft anzulangen, weil sie nach dem deutschen Reichsbankgesetz mindestens ein Drittel ihrer umlaufenden Noten bar gedeckt haben muss. Um sich nun ihren Goldbestand nicht weiter schwächen zu lassen, muss schliesslich, wenn sie auch nicht will, die deutsche Reichsbank dazu übergehen, den Diskontsatz für den Ankauf von Wechseln in die Höhe zu setzen. Dadurch zieht sie in den meisten Fällen auch den Privatdiskont mit empor, und während es vorher billiger war, in Deutschland Geld zu machen und umgekehrt Guthaben in England besser zu verwenden waren als in Deutschland, wird nun das Verhältnis ein anderes. Jetzt ist der Diskont in Berlin höher als in London, jetzt werden keine englischen Kapitalien mehr aus Deutschland abgezogen, sondern es besteht im Gegenteil die Möglichkeit, dass Kapitalien von London nach Deutschland wandern. Dadurch bekommt Deutschland wieder Guthaben in England. Die Folge davon ist, dass das Angebot von Schecks auf London (für englische Guthaben deutscher Firmen) in Berlin wieder wächst und dass damit der Kurs von Schecks auf London in Berlin wieder sinkt.

Wenn in der Notiz der „Münchener Neuesten Nachrichten" davon die Rede ist, dass die Wechsel in Pension gegeben seien, so dürfte das auf einem Irrtum beruhen. Wechsel in Pension geben heisst nämlich, sie nicht diskontieren, sondern sie bloss beleihen. Dass man manchmal den Weg der Beleihung und nicht den der Diskontierung wählt, hat folgenden Grund: Nehmen wir einmal an, die betreffende englische Bank wollte sich den billigen Diskont in Berlin zunutze machen, und sie besässe keine deutschen Wechsel, sondern nur englische Wechsel, so könnte sie natürlich ebenso gut, wie sie hier deutsche Wechsel diskontiert, sich ein Guthaben dadurch schaffen, dass sie bei einer deutschen Bank englische Wechsel diskontiert. Dadurch würde aber die deutsche Bank ein Risiko auf sich nehmen. Denn wie sie jetzt die englischen Wechsel der englischen Bank diskontiert, so zahlt sie der englischen Bank den Gegenwert der Wechsel zu dem augenblicklich notierten hohen Kurse der Wechsel auf London. Gesetzt nun, die Wechsel wären in etwa zwei Monaten fällig, so kann es ihr sehr wohl passieren (bei den augenblicklich hohen Kursen ist das sogar wahrscheinlich), dass, wenn die Wechsel fällig werden, der Kurs für Schecks auf London viel niedriger notiert als augenblicklich. Sie würde dann die Wechsel zur Einlösung nach London schicken, würde dort dadurch ein Guthaben erhalten und müsste dieses Guthaben nun realisieren, indem sie an der Berliner Börse englische Schecks zu dem erheblich gesunkenen Kurse verkauft. Um nun diese riskante Valutaspekulation zu vermeiden, erklärt sie der englischen Bank, dass sie wohl bereit sei, ihr auf ihre Wechsel Geld zum augenblicklichen Diskont zu geben, aber als Darlehen gegen Verpfändung der Wechsel. Denn bei dieser Form des Geschäftes müsste bei Ablauf des Geschäfts die englische Bank das Darlehen an das deutsche Institut zurückzahlen, und die inzwischen eingetretenen Schwankungen des englischen Wechselkurses gehen zu Lasten des englischen Institutes und nicht des deutschen. In unserem Falle jedoch, wenn die Transaktion sich so abgespielt hat, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten', das darstellen, war dieser Umweg der Verpfändung ja vollkommen unnütz. Denn es handelte sich nicht darum, dass sich die englische Bank Geld auf englische Wechsel machen wollte, sondern sie suchte vielmehr Geld gegen Hingabe eines Bestandes an deutschen Wechseln aufzunehmen. Diese deutschen Wechsel aber brauchte das deutsche Institut nicht in Pension zu nehmen, sondern konnte sie ruhig diskontieren, da sie ja bei der Fälligkeit einfach in Deutschland einzuziehen waren, so dass irgendwelcher Schaden von einer Valutaschwankung nicht entstehen konnte. Es ist mir deshalb recht unklar, ob die Dinge sich wirklich so zugetragen haben, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" das behaupten.

Plutus-Archiv.

Waren des Welthandels.

Seide.[1])

Die aus dem Ei am zehnten Tage der Entwicklung kriechende Raupe ist 2—3 mm lang und wiegt $^1/_{2000}$ g oder $^1/_2$ mg. Die auskriechenden Raupen werden auf

Hürden mit Laubauflage gebracht und müssen während ihrer nun in Abständen von je einigen Tagen sich wiederholenden

Häutungen auf frische Hürden gebracht werden, wobei entsprechend dem Heranwachsen der Tiere und ihren erhöhten Nahrungbedürfnissen der zugemessene Flächenraum immer weiter vergrössert wird. Brauchten 40 000 Raupen in den ersten Tagen nur etwas über 5 kg Laub, so ist der Bedarf nach der vierten Häutung, d. h. vom 25. Tage ab, auf nicht weniger als 700 kg gestiegen. Peinliche Sauberkeit, gesunde Feuchtigkeit der Luft, Wasserreichtum des Laubes, hinreichende Lüftung auf den Hürden, Fortfuhr der Kohlensäure haltenden Atmungluft und stetige Zufuhr reiner Luft sichern erst den vollen Zuchterfolg. Am Ende der vierten Häutung, d. h. nach dem 25. Tage, hat die Raupe eine Grösse von 87 mm = 8,7 cm erreicht, wiegt 4 g und hat etwa das 4—5fache ihres eigenen Körpergewichtes, d. h. 18—20 g, Laub verzehrt. Vom Auskriechen bis zum völligen Erwachsensein der Raupe ist genau ein Monat vergangen, von der Entwicklung der Eier aber rund 41 Tage. In der Erhöhung der Temperatur hat man ein geeignetes Mittel, die Fresslust der Raupen zu steigern und die Entwicklungdauer auf 25—26 Tage abzukürzen. Nach der völligen Entwicklung beginnt dann der

Einspinnungprozess der Raupen, der für die **Bildung des Seidenfadens** wichtigste Lebensabschnitt.

(Fortsetzung folgt.)

[1]) Siehe Plutus Seite 764, 784, 850, 866.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Die Cölner Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung. Ihre Notwendigkeit, ihr Aufbau, ihre Lehrziele. Von Prof. Dr. Adolf Weber, Abteilungdirektor der Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung. Cöln a. Rh 1912. Kommissionsverlag von Paul Neubner.

Die Notwendigkeit einer Hochschule für kommunale und lsoziale Verwaltung. — Die Verfassung der Hochschue. — Die Studierenden. — Die Organisation des Unterrichts und die Studieneinteilung. — Die Prüfungen. — Lehrkräfte und Lehrmittel. — Drei Ansprachen bei der ersten Immatrikulation.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Actien-Bier-Brauerei Marienthal, 23. 11., 22. 11., 29. 10. • Actien-Bierbrauerei Soltau, Soltau, 18. 11., —, 26. 10. • A.-G. Bierbrauerei zum Löwen, Heilbronn a. N., 21. 11., 18. 11., 25. 10. • Actien-Brauerei Pforten, Gera (Reuss), 19. 11., 11. 11., 25. 10. • Actienbrauerei Saarlouis, 19. 11., 18. 11., 28. 10. • A.-G. Berliner Preussen-Haus, Berlin, 14. 11., —, 26. 10. • A.-G. Jesuitenbrauerei, Regensburg, 20. 11., 18. 11., 23. 10. • A.-G. für Herstellung und Vertrieb von Charoutierwaren, vorm. Chr. Eckert, Augsburg, 20. 11., 15. 11., 23. 10. • A.-G. für pharmaceutische Bedarfsartikel vormals Georg Wenderoth, Cassel, 18. 11., 17. 11., 23. 10. • A.-G. für Plantagenbetrieb in Central-Amerika, Hamburg, 19. 11., 18. 11., 31. 10. • Amperwerke Electricitäts-A.-G., München, 22. 11., 19. 11., 31. 10. • „Archimedes", A.-G. für Stahl- und Eisen-Industrie, Berlin, 19. 11., 16. 11., 26. 10. • Augsburger Buntweberei vormals L. A. Riedinger, Augsburg, 18. 11., 14. 11., 22. 10.

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation Waghäusel, Mannheim, 23. 11., 20. 11., 30. 10. • Barmer Bergbahn A.-G., Barmen, 19. 11., 16. 11., 22. 10. • Baumwollspinnerei und Weberei Lampertsmühle vorm. G. F. Grohé-Henrich, Lampertsmühle, 20. 11., 17. 11., 22. 10. • Bayerische Bierbrauerei-Gesellschaft vorm. H. Schwartz, Speyer a. Rh., 23. 11., 20. 11., 19. 10. • Bayerische Immobilien-Gesellschaft, München, 22. 11., 19. 11., 26. 10. • Bayer. Brauhaus Pforzheim (A.-G.), Pforzheim, 20. 11., 16. 11., 24. 10. • Bergschlösschen-Actien-Bierbrauerei, Braunsberg (Ostpr.), 14. 11., 12. 11., 28. 10. • Berliner A.-G. für Eisengiesserei und Maschinenfabrikation, Charlottenburg, 21. 11., 20. 11., 29. 10. • Berliner Eispalast, A.-G., Berlin, 23. 11., —, 31. 10. • Bleichertsche Braunkohlenwerke Neukirchen-Wyhra, A.-G., Leipzig, 18. 11., 15. 11., 26. 10. • H. Th. Böhme, A.-G., Chemnitz, 23. 11., 19. 11., 28. 10. • Brauerei Amos, A.-G., Sablon, 22. 11., 18. 11., 28. 10. • Brauerei Eglau, A.-G., Durlach, 21. 11., 16. 11., 28. 10. • Brauerei Louis Geiger, A.-G., Tilsit, 22. 11., 19. 11., 31. 10. • Brauerei H. Leykum, A.-G., Freienwalde a. O., 23. 11., 21. 11., 25. 10. • Braunkohlen- und Briket-Industrie, A.-G., Berlin, 18. 11., —, 16. 11. • Bruch & Cie., A.-G., Düsseldorf, 16. 11., —, 28. 10. • Brüggener A.-G. für Thonwaaren-Industrie, M.Gladbach, 18. 11., —, 29. 10. • Bürgerliches Brauhaus Hamburg, 23. 11., 19. 11., 1. 11.

Carlshütte, A.-G. für Eisengiesserei und Maschinenbau, Breslau, 18. 11., 14. 11., 26. 10. • Consum-Verein Miechowitz (O.-S.), A.-G., Miechowitz (O.-S.), 19. 11., 14. 11., 21. 10. • Corpshausgesellschaft Bavaria, Karlsruhe, 16. 11., —, 1. 11.

Dampfschiffsrhederei Union, A.-G., Hamburg, 19. 11., 16. 11., 1. 11. • Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Bochum, 22. 11., 18. 11., 23. 10. • Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 18. 11., 16. 11., 31. 10. • Düsseldorfer Eisenbahnbedarf vorm. Carl Weyer & Co., Düsseldorf, 23. 11., 18. 11., 23. 10.

Eisengiesserei und Maschinenfabrik, A.-G., Bautzen, 21. 11., 19. 11., 29. 10. • Eisengiesserei und Schlossfabrik, A.-G., Velbert, 23. 11., 20. 11., 31. 10.

Flender & Schlüter, Papier- und Pergamentpapierfabriken, A.-G., Düsseldorf, 18. 11., 12. 11., 18. 10.

Gas- und Electricitätswerke Château-Salins, A.-G., Bremen, 21. 11., 16. 11., 30. 10. • Gemeinnützige Baugesellschaft Hanau, A.-G., Hanau, 11. 11., —, 28. 10. • Johs. Girmes & Co., A.-G., Oedt (Rheinl.), 21. 11., 18. 11., 1. 11. • Dr. med. Gmelin Nordsee-Sanatorium, A.-G., Nordseebad Südstrand-Föhr (Gemeinde Boldixum), Altona, 23. 11., 20. 11., 21. 10. • Gummiwerk Solln-München, Solln-München, 16. 11., 15. 11., 28. 10. • Gussstahlwerk Wittmann, A.-G., Haspe i. W., 19. 11., 16. 11., 26. 10.

Hamburger Immobilien-A.-G., Hamburg, 23. 11., 18. 11., 30. 10. • Hans Hartmann A.-G., Eisenach, 16. 11., 10. 11., 26. 10. • Hecht-Waldhorn-Brauerei, A.-G., Heidenheim, 20. 11., 18. 11., 30. 10. • Holsten-Brauerei, Altona, 23. 11., 22. 11., 26. 10. • Hotel-A.-G. Bad Elster, Adorf i. V., 23. 11., —, 26. 10.

Jüterboger Strassenbahn, A.-G., Jüterbog, 21. 11., 21. 11., 23. 10.

Karges-Hammer, Maschinenfabrik, A.-G., Braunschweig, 19. 11., 16. 11., 30. 10. • Kleinbahn-A.-G. Thorn-Scharnau, Thorn, 18. 11., —, 26. 10. • Klosterbrauerei Oldenburg, A.-G., Oldenburg i. Gr., 21. 11., 18. 11., 23. 10. • Königsberger Fleisch- und Viehmarktsbank, A.-G., Königsberg i. Pr., 13. 11., —, 26. 10. • Kulmbacher Rizzibräu, A.-G., Dresden, 23. 11., 18. 11., 18. 10. • Kunstanstalt Grimme & Hempel, A.-G. i. Liqu., Leipzig, 18. 11., 15. 11., 22. 10. • Kunstanstalt B. Grosz, A.-G., Leipzig, 19. 11., 16. 11., 29. 10.

Lagerbierbrauerei Wernesgrün (vorm. C. G. Männel), A.-G., Plauen i. V., 23. 11., 19. 11., 1. 11. • Leipziger Malzfabrik in Schkeuditz, Leipzig, 18. 11., —, 30. 10. • Limbacher Warenvermittelungs-A.-G., Limbach i. Sa., 17. 11., —, 1. 11. • Carl Lindström, A.-G., Berlin, 19. 11., 17. 11., 29. 10.

Mälzerei-A.-G. in Hamburg, Hamburg, 18. 11., 15. 11., 21. 10. • Malzfabrik Niedersedlitz, A.-G., Dresden, 23. 11., 20. 11., 31. 10. • Maschinenfabrik A.-G. vorm. F. A. Hartmann & Co., Offenbach a. M., 20. 11., 13. 11., 26. 10. • Maschinen- und Armaturenfabrik Klein, Schanzlin & Becker, Frankenthal (Pfalz), 23. 11., 22. 11., 28. 10. • Mecklenburgische Kali-Salzwerke Jessenitz, Hamburg, 23. 11., 19. 11., 31. 10. • Moore Licht A.-G., Berlin, 16. 11., 12. 11., 26. 10.

Neue Kleinbahn-A.-G. Creusitz—Crostitz, Halle (Saale), 15. 11., 12. 11., 26. 10. • Niederschles. Electricitäts- und Kleinbahn-A.-G., Breslau, 18. 11., 14. 11., 26. 10.

Phoenix, A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Cöln (Rhein), 9. 11., 3. 11., 30. 10. • Pressspanfabrik Untersachsenfeld, A.-G., vorm. M. Hellinger, Schwarzenberg i. Sa., 16. 11., 14. 11., 28. 10.

Wilhelm Rauchfuss, Brauereien Halle und Giebichenstein, A.-G., Halle (Saale), 23. 11., —, 29. 10. • Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk, A.-G., Essen (Ruhr), 23. 11., 19. 11., 16. 10. • L. A. Riedinger, Maschinen- und Broncewarenfabrik, A.-G., Augsburg, 19. 11., 15. 11., 22. 10.

Saar- und Mosel-Bergwerks-Gesellschaft, Essen (Ruhr), 23. 11., 16. 11., 15. 10. • Sundwiger Eisenhütte, Maschinenbau-A.-G., Sundwig (Kr. Iserlohn), 21. 11., —, 8. 10.

Schlesische Kohlen- und Coks-Werke, Wien, 23. 11., 9. 11., 25. 10. • Schmiedeberger Tonwerke, A.-G., vorm. G. R. Frohne, Wiesbaden, 21. 11., 19. 11., 30. 10. • Schmöllner Actien-Brauerei, A.-G., Schmölln (S.-A.), 19. 11., 15. 11., 30. 10. • Schroedlsche Brauereigesellschaft, Heidelberg, 16. 11., 13. 11., 30. 10.

Stadtberger Hütte, A.-G., Niedermarsberg, 18. 11., —, 24. 10. • Styrumer Eisenindustrie i. L., Oberhausen (Rheinland), 14. 12., 10. 12., 28. 10.

Transatlantica-Rhederei-A.-G., Hamburg, 23. 11., 19. 11., 30. 10.

Unionbrauerei, A.-G., Karlsruhe (Baden), 21. 11., 18. 11., 31. 10.

Vereinigte Fichtelgebirgs-Granit-, Syenit- und

Marmorwerke, A.-G., Wunsiedel, 21. 11., 18. 11., 26. 10. • Vereinigte Freiburger Uhrenfabriken, A.-G., inkl. vorm. Gustav Becker, Breslau, 23. 11., 18. 11., 24. 10. • Vereinigte Mosaikplattenwerke Friedland-Sinzig, A.-G., Friedland i. M., 16. 11., 13. 11., 26. 10. • Vereinigte St. Georgen- und Feldschlösschen-Brauerei, A.-G., Sangerhausen, 19. 11., —, 29. 10. • Vereins-Bier-Brauerei, Leipzig, 18. 11., —, 1. 11. • Vereinshaus, A.-G., Bielefeld, Bielefeld, 21. 11., —, 24. 10. • Victoria-Werke, A.-G., Nürnberg, 22. 11., 18. 11., 22. 10.

Zuckerfabrik Fraustadt, Fraustadt, 19. 11., 15. 11., 23. 10. • Zuckerraffinerie Braunschweig, Braunschweig, 23. 11., 20. 11., 23. 10.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Essener Credit-Anstalt in Essen-Ruhr.

Zweigniederlassungen in: Altenessen, Bocholt, Bochum, Dorsten i. W., Dortmund, Duisburg, D.-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe, Mülheim-Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld). Recklinghausen, Wanne, Wesel u. Witten.

Aktien-Kapital und Reserven Mark 95 000 000.

Telegramm-Adresse: Creditanstalt. [4504

Fernsprech-Anschluss: Essen Nr. 12, 194, 195, 431, 535, 607, 611, 612, 742 und 844.

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 5. Nov. 1912, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Gesucht	Angeboten
Kohlen.		
Adler bei Kupferdreh	4375	4500
Alte Haase	1425	1500
Blankenburg	2150	2300
Brassert	11300	11700
Carolus Magnus	6450	7000
Constantin der Gr.	45000	49000
Diergardt	3250	3350
Dorstfeld	11500	12200
Ewald	46000	48500
Friedrich der Grosse	26500	29000
Gottessegen	2550	2650
Graf Bismarck	—	61000
Graf Schwerin	12900	13300
Heinrich	5100	5300
Helene & Amalie	18200	19000
Hermann I/III (3000 Kuxe)	4350	4500
Johann Deimelsberg	6450	6700
Königin Elisabeth	27350	27800
König Ludwig	31500	32500
Langenbrahm	20000	21000
Lothringen	28300	29200
Mont Cenis	18000	18500
Oespel	2325	2400
Schürb. & Charlottbg.	1675	1750
Trier (3000 Kuxe)	6400	6500
Unser Fritz	—	23000
Westfalen (10 000 Kuxe)	900	950
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	1600	1700
Germania	875	925
Gute Hoffnung	4800	5000
Humboldt	1400	1500
Leonhard	7800	8000
Lucherberg	2550	2650
Michel	7200	7350
Neurath	2200	2300
Regiser	2800	2900
Schallmauer, Braunk.	3225	3300
Kali-Kuxe und -Anteile.		
Alexandershall	9500	9800
Aller Nordstern	1750	1850
Beienrode	6200	6500
Bergmannssegen	6400	6600
Burbach	—	14500
Carlsfund	6000	6050
Carlsglück	1700	1800
Carlshall	2500	2600
Deutschland, Justenbg.	3900	4100
Einigkeit	5600	5800
Fallersleben	1700	1775
Felsenfest	1950	2050
Gebra	4200	4300
Glückauf, Sondershausen	20000	21800
Günthershall	4800	4950
Hannover	—	175
Hansa Silberberg	5750	6050
Hedwig	750	850
Heiligenmühle	1400	1500
Heiligenroda	8800	9000
Heimboldshausen	1100	1250
Heldrungen I	775	850
Heldrungen II	1100	1200
Herfa	1350	1425
Heringen	—	5200
Hermann II	1850	1950
Hohenfels	6200	6400
Hohenzollern	6325	6500
Hugo	10000	10500
Hüpstedt	3200	3300
Immenrode	4200	4300
Johannashall	4700	4900
Kaiseroda	9300	9500
Mariaglück	1300	1400
Max	3100	3200
Neurode	1350	1425
Neusollstedt	3250	3350
Neustassfurt	—	13000
Ransbach	1050	1100
Reichenhall	700	775
Rossleben	12500	14000
Rothenberg	2925	3000
Sachsen-Weimar	—	7500
Salzmünde	6250	6450
Siegfried I	5900	6100
Thüringen	3500	3700
Volkenroda	6500	6800
Walbeck	5050	5500
Walter	1225	1275
Wilhelmine	1400	1500
Wilhelmshall	9100	9300
Wintershall	18000	19000
Kali-Aktien.		
Adler Kaliwerke	79%	81%
Adolfsglück	46%	48%
Bismarckshall	97%	99%
Hallesche Kaliwerke	57%	59%
Hattorf	114%	117%
Heldburg	60%	62%
Justus Act.	101%	103%
Krügershall	129%	131%
Ludwigshall	70%	72%
Ronnenberg Act.	115%	118%
Steinförde	66%	68%
Teutonia	82%	84%
Erzkuxe.		
Apfelbaumer Zug	550	625
Eiserner Union	800	900
Fernie	3300	3375
Freier Grunder Bgw.-V.	400	475
Henriette	1375	1425
Louise Brauneisenst.	1800	1900
Neue Hoffnung	135	160
Wilhelmine	1150	1225

Londoner Börsenkurse

mitgeteilt von [4903

M. Marx & Co.

Gresham House, London E. C.

Filiale Berlin: Behrenstr. 48.

Amerikaner.	Schlusskurs vom 28. 10.	4. 11.
Atchisons	111	$110\frac{1}{8}$
Baltimore and Ohio	$108\frac{1}{4}$	$108\frac{3}{4}$
Canadian Pacific	$268\frac{1}{2}$	$269\frac{1}{2}$
Erie Common	$34\frac{5}{8}$	$35\frac{1}{8}$
Missouri, Kansas and Texas	$28\frac{1}{4}$	$28\frac{5}{8}$
Southern Railway	$29\frac{1}{4}$	30
Southern Pacific	$112\frac{3}{4}$	113
Union Pacific	$173\frac{7}{8}$	$174\frac{1}{4}$
U. S. Steel Corp.	$77\frac{7}{8}$	$77\frac{3}{4}$
Grand Trunk Ord.	$26\frac{7}{8}$	$26\frac{7}{8}$
„ „ 3. Pref.	$51\frac{5}{8}$	$51\frac{7}{8}$
Minen. Südafrikaner und Rhodesier.		
Brakpan	$3\frac{7}{8}$	$3\frac{7}{8}$
Cinderella Cons.	1	1
Chartered	$25/7\frac{1}{2}$	25/9
East Rand Prop.	$2\frac{23}{32}$	$2\frac{23}{32}$
Eldorado Banket	$1\frac{5}{8}$	$1\frac{19}{32}$
Geduld	$1\frac{1}{16}$	$1\frac{1}{8}$
Gen. Mining and Finance	1	1
Gold Fields Ord.	$3\frac{17}{32}$	$3\frac{17}{32}$
Johannesburg Cons. Inv.	20/0	20/9
Kleinfontein New	$1\frac{5}{16}$	$1\frac{1}{4}$
Langlaagte Estates	$1\frac{7}{16}$	$1\frac{7}{16}$
Modderfontein	$11\frac{3}{8}$	$11\frac{7}{8}$
Pigg's Peak Dev.	$\frac{11}{16}$	14 0
Randfontein	$1\frac{13}{32}$	$1\frac{1}{2}$
Rand Mines	$6\frac{3}{32}$	$6\frac{1}{4}$
South West Africa	25/6	25/6
Transvaal North	10/6	10/6
Tanganyika Cons.	$2\frac{15}{32}$	$2\frac{1}{2}$
Witwatersrand Deep	$2\frac{11}{16}$	$2\frac{11}{16}$
Diamant, Kupfer u. andere.		
Amalgamated Copper	$88\frac{1}{2}$	$85\frac{5}{8}$
Anacondas	$8\frac{13}{16}$	$8\frac{13}{16}$
Broken Hill Props	47/0	46/0
De Beers Def.	$19\frac{1}{4}$	$19\frac{1}{2}$
Esperanza	$2\frac{1}{16}$	2
Golden Horseshoe	$2\frac{1}{8}$	$2\frac{1}{16}$
Mount Lyell Mining	23/3	23/0
Mount Lyell Cons Wallaroo 10/0 fully paid	5/0	5/0
Premier Def.	$11\frac{7}{16}$	$11\frac{5}{8}$
Rio Tinto	$72\frac{3}{4}$	$72\frac{3}{8}$
Zinn-Werte.		
Anglo Continental	$\frac{7}{8}$	$\frac{27}{32}$
Bisichi Tin	$1\frac{1}{16}$	$1\frac{1}{16}$
Nigerian Tin Corp.	$1\frac{3}{16}$	$1\frac{1}{4}$
Rayfield New	$\frac{27}{32}$	$\frac{27}{32}$
Temma Tin	2/0	2/0
Fremde Werte.		
Engl. Consols $2\frac{1}{2}$%	$73\frac{1}{4}$	$73\frac{15}{16}$
Brazilianer 1889	$82\frac{1}{2}$	$82\frac{1}{2}$
Colombier	48	$48\frac{1}{2}$
Japaner 1905 4%	$84\frac{1}{2}$	$85\frac{1}{4}$
Mexikaner 5%	$99\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{2}$
Peru Ord.	10	$10\frac{1}{4}$
Peru Prefs	51	51
Prov. of Buenos Aires $3\frac{1}{2}$%	67	67

Der Balkankrieg übt noch immer seinen Einfluss auf die Börse aus und die Märkte im allgemeinen sind lustlos, jedoch stetig. Amerikaner sind ruhig, in Erwartung des Resultates der Präsidentenwahl. Minen geschäftslos, jedoch fest.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt“ und für den Inseratenteil: M. Hauschner, Berlin.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.